

Sozial bleiben. Gegenhalten.

Die Arbeitsprogramme
der Hamburger Sozialdemokraten
für die nächsten Jahre

Lieber

SPD

Die Hamburger Sozialdemokraten.



B87-441

A) Die bewährten Grundlagen Das Arbeitsprogramm der Hamburger SPD für 1986–1990

1. Zur Lage	1
2. Worauf es jetzt ankommt	5
1. Arbeitslosigkeit bekämpfen	6
2. Standort Hamburg	11
3. Ausbildung	25
4. Kultur für alle	32
5. Gleichberechtigung	35
6. Soziale Gerechtigkeit	38
7. Umweltschutz	43
8. Lebensqualität	48
9. Innere Sicherheit	52
10. Verwaltung	55
11. Sparsamkeit	57
12. Nachbarländer	59
3. Unser Volk braucht inneren und äußeren Frieden	60
4. Entscheiden Sie	63

Inhalt

	Seite
B) Die neuen Akzente	
Das Arbeitsprogramm des Senats	
vom 13. Januar 1987	
I. Zur Lage der Stadt	
nach den Bürgerschaftswahlen	
vom 9. November 1986	66
II. Handlungskonzept	76
1. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	76
2. Vermeidung und Beseitigung von	
Umweltschäden; Schutz der Natur;	
Energieversorgung ohne Kernenergie	90
3. Wahrung der Inneren Sicherheit	
auf einem liberalen Fundament	95
4. Sicherung und Ausbau	
sozialer Gerechtigkeit;	
Entwicklung des Gesundheitswesens	99
5. Förderung der Gleichberechtigung	101
6. Hamburgs Schulen und Hochschulen	102
7. Verbesserung der Lebensqualität	
in Hamburg	105
8. Bürgernahe Verwaltung	107
9. Fortführung einer Konsolidierung	
der öffentlichen Finanzen und Sicherung	
eines gerechten Finanzausgleichs	108

Hamburg hat Optimismus und Tatkraft. Die Hamburger sind eine
Mitt und notwendiger Gemeinschaft. Hamburg
wird nicht nur durch die Stadt, sondern auch durch die
Tätigkeit der Hamburger.

Gewiss, Hamburg hat in den letzten Jahren eine schwierige Lage
durchlebt. Die Hamburger sind aber eine Gemeinschaft, die in
den letzten Jahren eine schwierige Lage durchlebt hat. Die
Hamburger sind aber eine Gemeinschaft, die in den letzten
Jahren eine schwierige Lage durchlebt hat.

Aber wir haben in den vergangenen Jahren wichtige Schritte
gemacht, um eine Antwort auf die Probleme der Stadt zu finden.
Wir haben die Hamburger in den letzten Jahren eine
schwierige Lage durchlebt. Die Hamburger sind aber eine
Gemeinschaft, die in den letzten Jahren eine schwierige
Lage durchlebt hat.

Wir sind stolz auf die Hamburger, die in den letzten Jahren
eine schwierige Lage durchlebt haben. Die Hamburger sind
aber eine Gemeinschaft, die in den letzten Jahren eine
schwierige Lage durchlebt hat.

Probleme

Die Hamburger sind eine Gemeinschaft, die in den letzten Jahren
eine schwierige Lage durchlebt hat. Die Hamburger sind aber
eine Gemeinschaft, die in den letzten Jahren eine schwierige
Lage durchlebt hat.

Zur Lage

Hamburg hat Optimismus und Tatkraft zurückgewonnen. Mit neuem Mut und notwendiger Gemeinsamkeit geht Hamburg wieder nach vorn.

Gewiß: Hinter uns liegen schwierige Jahre. Und die kommenden werden nicht leichter. Hamburg wurde – und wird – von dem verschärften Strukturwandel der Produktionsbedingungen in Industrie und Dienstleistung ebenso betroffen wie vom Wandel der Weltwirtschaft. Hohe Arbeitslosigkeit und soziale Härten werden auch bei uns noch auf absehbare Zeit zur Wirklichkeit gehören.

Aber wir haben in den vergangenen Jahren wichtige Schritte getan, um eine Antwort auf die Probleme der Stadt zu finden: Wir haben die Anziehungskraft des Wirtschaftsstandorts Hamburg verstärkt und zugleich neue Wege in der Umwelt- und Arbeitsmarktpolitik aufgezeigt. Dem wirtschaftlichen Fundament haben wir neue Tragkraft gegeben. Unsere Stadt ist schöner und lebenswerter denn je. Die Hamburgerinnen und Hamburger wissen das – und mit ihnen die wachsende Zahl der Gäste, die unsere Stadt besuchen.

Wir Sozialdemokraten bitten um das Vertrauen der Hamburgerinnen und Hamburger, um auf diesem Weg in der nächsten Legislaturperiode weiter voranschreiten zu können.

Die Wende-Folgen

Allerdings wird unsere Arbeit durch gefährliche bundespolitische Tendenzen beeinträchtigt:

- Trotz einer weltweiten konjunkturellen Aufwärtsbewegung besteht die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik unverändert fort;
- nach dem Regierungswechsel in Bonn wurde die Wirtschafts- und Sozialpolitik auf einen konservativen Kurs gebracht, der Arbeitnehmer, aber auch sozial Schwache immer deutlicher benachteiligt;
- die Kampfrechte der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in der sozialen Auseinandersetzung wurden eingeschränkt;
- perfektionistische Sicherheitsgesetze und geistige Intoleranz gefährden die Liberalität in unserem Lande;
- die reale Lage der Frauen hat sich wieder verschlechtert;
- in der Außenpolitik wurde die Rolle der Bundesrepublik als eigenständige Kraft, die sich selbstbewußt in einer aktiven Friedens- und Entspannungspolitik engagiert, aufgegeben.

Probleme

In Norddeutschland und in Hamburg sind die wirtschaftlichen Bedingungen seit 1982 schwieriger geworden. Das Süd-Nord-Gefälle der wirtschaftlichen Entwicklung wurde steiler. Hamburgs Arbeitnehmer, besonders in der Privatwirtschaft, haben die Auswirkungen von Betriebsschließungen und struktureller Arbeitsplatzvernichtung besonders hart zu spüren bekommen. Hamburgs Arbeitslosigkeit ist überproportional gestiegen. Zugleich wuchs die Anziehungskraft unserer Stadt auf das Umland und damit die Zahl der Einpendler, die in Hamburg

Zur Lage

arbeiten oder ausgebildet werden. Die noch immer ungewöhnlich starke Wirtschafts- und Finanzkraft Hamburgs – und auf die dahinter stehende Leistung können wir alle stolz sein – wird durch eine ungerechte Verteilung der Steuern zwischen den Bundesländern unerträglich belastet: Auch 1985 mußte Hamburg über 700 Millionen DM Lohnsteuer für Einpendler und zusätzlich über 400 Millionen DM Finanzausgleich an andere Bundesländer abführen. Kein anderes Bundesland muß auch nur annähernd ähnliche Lasten für andere tragen.

Wir Hamburger Sozialdemokraten halten nichts von einem Schwarzen-Peter-Spiel der Verantwortlichen auf Bundes- und Landesebene. Aber jeder muß wissen, daß die großen Probleme unserer Zeit nur gelöst werden können, wenn sich die Verantwortlichen auf allen Ebenen um sachgerechte Lösungen bemühen. Auch bei unterschiedlichen politischen Auffassungen. Deshalb formulieren wir hier unsere Ziele für Hamburg und unsere Forderungen an Bonn. Deshalb ist es wichtig, daß Sozialdemokraten in Hamburg und Bonn Verantwortung tragen.

Worauf es jetzt ankommt:

	Seite
1. Arbeitslosigkeit bekämpfen	6
2. Standort Hamburg	11
3. Ausbildung	25
4. Kultur für alle	32
5. Gleichberechtigung	35
6. Soziale Gerechtigkeit	38
7. Umweltschutz	43
8. Lebensqualität	48
9. Innere Sicherheit	52
10. Verwaltung	55
11. Sparsamkeit	57
12. Nachbarländer	59

1

Arbeitslosigkeit bekämpfen

1. Massenarbeitslosigkeit bekämpfen

Als die CDU/CSU 1982 die Regierung übernahm, versprach sie einen erheblichen Abbau der Arbeitslosigkeit innerhalb weniger Jahre. Die Regierung Kohl konnte ihr Versprechen nicht halten. Und das, obwohl sie Rückenwind durch wachsende internationale Geldwertstabilität und wirtschaftliches Wachstum hatte. Die Erfahrungen dieser Jahre haben bewiesen, daß weder Wettbewerbsfähigkeit noch Wachstum ausreichen, um allen Arbeit zu geben. Und was soll erst werden, wenn die Konjunktur erneut abflaut?

Eine durchschnittliche Arbeitslosigkeit von 9 Prozent im Bund verschleiert heute zudem das zunehmende Gefälle der Beschäftigung zwischen den Regionen der Republik. Nahezu vollbeschäftigten Gebieten stehen Problemzonen gegenüber, in denen die Arbeitslosigkeit inzwischen beständig Größenordnungen wie in den 30er Jahren der Weltwirtschaftskrise aufweist.

Wir Hamburger Sozialdemokraten wissen, daß unsere Stadt schon aufgrund ihrer tiefen Verflechtung mit der Weltwirtschaft auf Dauer nur durch uneingeschränkte Wettbewerbsfähigkeit bestehen kann. Dies gilt insbesondere für private Betriebe. Aber auch Verwaltungen und Versorgungseinrichtungen der Stadt müssen kostengünstig und effektiv arbeiten.

Zugleich wissen wir: Wettbewerbsfähigkeit allein ist nicht die Antwort auf alle Fragen, auch nicht auf die große Herausforderung Arbeitslosigkeit.

Wer heute zur Sicherung des Rechtes auf Arbeit allein auf Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftliche Rahmenbedingungen vertraut, muß sich vorwerfen lassen, die Massenarbeitslosigkeit zu dulden.

1

Arbeitslosigkeit bekämpfen

Handeln

Deswegen fordern wir von der Bundesregierung, endlich aktiv zu handeln. Die Voraussetzungen für eine Stärkung der binnenwirtschaftlichen Konjunktur sind gegeben. Die Notwendigkeit verstärkten binnenwirtschaftlichen Handelns ergibt sich auch aus der befürchteten Abflachung der amerikanischen Konjunktur und damit der Weltwirtschaft.

Das SPD-Programm „Arbeit und Umwelt“ liegt auf dem Tisch. Es ist finanzierbar: Mit ihm könnten neue Arbeitsplätze in Bereichen hohen gesellschaftlichen Bedarfs geschaffen werden. Öffentliche, solide finanzierte Investitionsprogramme zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Verbesserung der Lebensqualität, die gemeinsam von Bund, Ländern und Gemeinden getragen werden, können – nach dem Vorbild des Zukunftsinvestitionsprogrammes der sozialliberalen Bundesregierung von 1977 – einen wichtigen Beitrag leisten, um die Beschäftigung zu erhöhen. Hier wissen wir uns mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund einig. Daneben fordern wir von den Tarifparteien konkrete Schritte zu einer gerechteren Verteilung der Arbeit durch weitere Arbeitszeitverkürzungen sowie von der Bundesregierung eine aktive Arbeitsmarktpolitik.

Arbeit beschaffen

Die Hamburger SPD wird deswegen dazu beitragen, daß im Bundestagswahlkampf 1987 unser Ziel weiter konkretisiert wird, einen größeren Teil der Milliardenbeträge, die heute für die Finanzierung der Arbeitslosigkeit ausgegeben werden müssen, für zusätzliche Beschäftigung zu verwenden. Es kann nicht richtig sein, daß unsere Gesellschaft zwar in der Lage ist, komplizierteste technische Probleme zu lösen, es aber nicht schafft, die relativ einfache Umverteilung eines Teils der riesigen, heute für Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe ausgegebenen Finanzmittel für sinnvolle Beschäftigung zu nutzen und damit zugleich zur Lösung dringender gesellschaftlicher Aufgaben beizutragen.

1

Arbeitslosigkeit bekämpfen

Bundesweite Beschäftigungspolitik ist eine Voraussetzung auch für mehr Arbeitsplätze in Hamburg. Denn Senat und Bürgerschaft können auf den Hamburger Arbeitsmarkt nur sehr begrenzt einwirken. Allein die Tatsache, daß jeder fünfte Hamburger Arbeitnehmer heute aus dem Umland kommt, macht deutlich, daß zusätzliche, auf Mehrbeschäftigung gerichtete Programme nicht in Hamburg allein durchgeführt werden können, sondern bundesweit organisiert werden müssen.

Die Tatsache, daß die Bundesregierung ihrer arbeitsmarktpolitischen Verantwortung nicht gerecht wird und die Handlungsmöglichkeiten Hamburgs sehr beschränkt sind, befreit uns allerdings nicht von der Pflicht, in der Stadt Wege zu finden, die mehr Arbeitsplätze schaffen.

Der Weg

Die Arbeitnehmer in der Hansestadt haben Anspruch auf eine offensive und vorbeugende Beschäftigungs- und Strukturpolitik. Dafür müssen Hamburgs Sozialdemokraten gemeinsam mit allen Bürgern Zeichen setzen. Die Beschäftigungspolitik in schwedischen Regionen bietet dafür hervorragende Modelle. Sie beweisen, daß durch konzeptionelles Vorgehen auf der Grundlage einer strukturpolitischen Vorschau auch landespolitische Initiativen möglich sind. Dazu gehören

- ein gesellschafts- und wirtschaftspolitisch sinnvoller Ausbau des Programms „Zweiter Arbeitsmarkt“;
- die Verknüpfung der Umweltpolitik mit der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik (Bündelung der vordringlichen Maßnahmen im Umweltschutz zu einem aufgaben- und beschäftigungsorientierten Sachprogramm);
- ein verstärkter und vorbildlicher Einsatz der Hamburger öffentlichen Unternehmen.

1

Arbeitslosigkeit bekämpfen

Hamburg muß derartige konstruktive Schritte zur Einschränkung negativer Folgen des raschen Strukturwandels aufzeigen und mutig angehen. Ziel sozialdemokratischer Politik ist es, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen so zu gestalten, daß jeder Bürger die Möglichkeit hat, sinnvolle Arbeit unter menschenwürdigen Verhältnissen zu verrichten.

Hamburgs Initiative

Hamburg hat mit seinem Programm „Zweiter Arbeitsmarkt“ die Richtung gewiesen: Anstatt Menschen, die Arbeit suchen, mit Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe dafür zu bezahlen, daß sie nicht arbeiten dürfen, haben wir damit begonnen, die Ausgaben für qualifizierende und gesellschaftlich nützliche Arbeit zum Tariflohn einzusetzen. So hat Hamburg für 5 000 Menschen neue Beschäftigung geschaffen. Und wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, daß in der nächsten Legislaturperiode die Zahl dieser Arbeitsplätze mindestens verdoppelt wird. Darüber hinaus hat Hamburg durch Arbeitszeitverkürzungen und zusätzliche Teilzeitarbeit mehr Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen. Auch diesen Weg werden wir energisch weitergehen.

Diese nächsten Schritte sind allerdings nur möglich, wenn die Bundespolitik auf diesem Gebiet grundsätzlich geändert wird. Angesichts der wachsenden Probleme der Langzeitarbeitslosigkeit wollen wir Hamburger Sozialdemokraten durch Initiativen im Bundesrat die Rahmenbedingungen für eine derartige aktive Arbeitsmarktpolitik schaffen:

- Jeder Arbeitslose, dessen Bezug von Arbeitslosengeld endet, muß einen Anspruch auf eine überbrückende Arbeitsbeschaffungsmaßnahme bekommen;
- junge Menschen, die nach Abschluß ihrer Ausbildung keine Anstellung finden, müssen unmittelbar Anspruch auf eine überbrückende Arbeitsbeschaffungsmaßnahme bekommen;

1

Arbeitslosigkeit bekämpfen

- Frauen, die aufgrund häuslicher Bindungen nicht berufstätig waren und in das Erwerbsleben zurückkehren wollen, müssen die Zugangsberechtigung zu allen Maßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz erhalten;
- allen Arbeitslosen muß die Möglichkeit zur Erhaltung und zum Ausbau ihrer beruflichen Qualifikation eröffnet werden;
- das bedeutet, daß stufenweise die Mittel der Bundesanstalt für Arbeit mindestens zu zwei Drittel für Arbeitsplätze und Qualifizierung verwendet werden;
- ein wichtiges und erfolgversprechendes Mittel zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit bleibt die Arbeitszeitverkürzung: Das Beispiel der Einführung der 38,5-Stunden-Woche beweist: auch Arbeitszeitverkürzung sichert und schafft Arbeitsplätze. Wir werden uns auch in Zukunft für eine weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich einsetzen. Dies umzusetzen bleibt originäre Aufgabe der Tarifpartner.

2. Der Standort Hamburg muß noch wettbewerbsfähiger werden

Die Hamburger Sozialdemokraten haben eine Politik für den „Standort Hamburg“ entwickelt, um das wirtschaftliche Fundament unserer Stadt zu stärken, zu erneuern und zu erweitern.

Das bedeutet in erster Linie die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Rahmenbedingungen für die Hamburger Wirtschaft. Es bedeutet aber auch, im Wettbewerb um Ansiedlungen, neue Technologien und innovative Fertigkeiten mitzuhalten.

Um dies zu erreichen, müssen die Rahmenbedingungen für die heute in Hamburg ansässigen Unternehmen sowie in Hamburg anzusiedelnde Betriebe so gestaltet werden, daß der Wirtschaftsstandort Hamburg in seiner Attraktivität und Konkurrenzfähigkeit weiter gestärkt wird.

Kreativität

Um die Wirtschaftsstruktur unserer Stadt zu verbessern, bedarf es nicht nur politischer Entscheidungen, sondern auch einer dienstleistungsorientierten, kreativen und flexiblen Wirtschaftsverwaltung. Die neu gegründete Wirtschaftsförderungsgesellschaft leistet bereits wichtige Beiträge dazu. Diese Arbeit soll durch die Schaffung einer Ideenbörse, bei der die Bevölkerung Vorschläge für neue Produkte, neue Arbeitsfelder, aber auch für die Steigerung der Effizienz der öffentlichen Verwaltung machen kann, ergänzt werden. Die Verwaltung wird durch besondere Schulungsmaßnahmen auf Bezirks- und Senats-ebene verstärkt darauf eingestellt werden. Die Einrichtung der Wirtschaftsbeauftragten in den Bezirken hat sich grundsätzlich bewährt. Die Wirksamkeit dieser Dienststellen soll jedoch personell und funktionell innerhalb der Bezirksamter und durch bessere Anbindung an die Fachbehörden verstärkt werden.

2

Standort Hamburg

Beratung

Wir werden das strukturpolitische Gremium, bestehend aus Vertretern der zuständigen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinstitutionen sowie der öffentlichen Hand, fortentwickeln. Im übrigen werden wir die Beratung von Betriebsräten und Gewerkschaften im Bereich technischer Entwicklungen und neuer Technologien, wie sie bereits durch das Technologieberatungszentrum der Gewerkschaften geschieht, weiter ausbauen.

Förderung

Durch überholte Wirtschaftsförderungsprogramme des Bundes für bereits gut ausgestattete Umlandgemeinden wird Hamburg heute oft ein volkswirtschaftlich überflüssiger „Bürgermeisterwettbewerb“ aufgezwungen. Hier muß der Bund die Gesetze den heutigen Bedingungen anpassen. Denn derartige Fehlleitungen von Fördermitteln schaukeln die Subventionsforderungen nur in die Höhe, erwecken bei allen nichtbeteiligten Unternehmen Begehrlichkeiten und schaden der Finanzlage unserer Stadt.

Unsere Standortpolitik und unsere verantwortlich abgewogenen, notwendigen Förderungsentscheidungen setzen daher gezielt an den Rahmenbedingungen Hamburgs und an den erkannten Defiziten unserer Wirtschaftsstruktur an, um effizient und nachhaltig für Verbesserungen zu sorgen. Leistungsfähige Unternehmen in Industrie, Handel und Handwerk sowie eine qualifizierte, selbstbewußte Arbeitnehmerschaft sind dafür gleichermaßen vonnöten. Die sozialen Errungenschaften unserer Stadt und ihrer Arbeitnehmer dürfen dabei nicht auf der Strecke bleiben. Deshalb ist die Entscheidung über den Einsatz öffentlicher Mittel daran zu messen, ob das geförderte Unternehmen die Sicherung und Neuschaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, die technologische Entwicklung der Stadt, der Steuern, ökologische Gesichtspunkte und den Ausbau von Arbeitnehmerschutz- und Mitbestimmungsrechten angemessen berücksichtigt. Bei der Formulierung und Kontrolle von Beschäftigungs-

wirksamen Auflagen sind die betroffenen Betriebsräte einzubeziehen.

Unsere Standortpolitik berücksichtigt auch den Aufbau und Ausbau alternativer Betriebsformen, die an genossenschaftlichen Traditionen anknüpfen. Schöpferische Kräfte sichern auch hier Arbeitsplätze. Die Vergabe der hierfür vorgegebenen Mittel ist flexibel zu gestalten; Bürgschaftsmittel sind vorzusehen.

Industrie

Der weltwirtschaftliche Strukturwandel hat in Hamburg zu einem überdurchschnittlich hohen Abbau von industriellen Arbeitsplätzen geführt. Betroffen davon sind Wirtschaftszweige, die für die Stadt traditionell von großer Bedeutung sind, wie z. B. der Schiffbau, die Mineralölverarbeitung und die Bauwirtschaft. Diesen und anderen Branchen, die einen besonders starken Arbeitsplatzabbau hinnehmen mußten, müssen neue Zukunftschancen erschlossen werden. Gefordert sind dabei zunächst die Unternehmen selbst, aber auch die Bundesregierung, die aus volkswirtschaftlichen Gründen Bedingungen zur Erhaltung dieser Industrien setzen muß. Wo Hamburg eigene Möglichkeiten hat, die Umstrukturierung traditioneller Industrien in neue, zukunftssträchtige Bedarfsfelder zu unterstützen, wird es diese ausnutzen. Wichtig ist dabei z. B. die wachsende Nachfrage nach emissionsarmer Produktions- und Energietechnik, nach fortschrittlichen Reinigungsverfahren und umweltfreundlichen Produkten. Wir werden das Hamburger „Umweltpolitische Aktionsprogramm“ daher auch unter dem Gesichtspunkt weiterverfolgen, wie bei seiner Umsetzung strukturpolitische Wirkungen für die Hamburger Industrie erreicht werden können.

Ebenso wichtig ist es, die Industriezweige zu pflegen und zu stärken, die langfristig gute Wachstumschancen bieten. Neue Unternehmen und neue Arbeitsplätze werden immer häufiger auf der Grundlage wissenschaftlich-technischer Entwicklungen und den hiermit verbundenen Dienstleistungen entstehen. Das zeigt sich auch im breiten Bereich des Handwerks. Ansiedlungs-

2

Standort Hamburg

bemühungen müssen sich daher diesen Bereichen besonders zuwenden.

Hamburg bemüht sich deshalb intensiv, den Ausbau solcher Industriezweige zu fördern, die Güter modernster Technologie produzieren oder anwenden. Dazu gehört auch die am Standort Hamburg bereits starke Mikroelektronik, die Datenverarbeitung und Kommunikationstechnologien ebenso wie beispielsweise neue Werkstoffe, Automatisierungstechnologie oder Meerestechnik und -forschung. Besondere Anstrengungen richtet der Senat auf den Ausbau der molekularbiologischen Forschung an den Hamburger Hochschulen und der Biotechnologie unter staatlicher Sicherheitskontrolle und Auflagen, um kritisch die Folgen zu bedenken. Wir werden zugleich auf Bundesebene auf die Lösung der ungeklärten juristischen und ethischen Probleme dieser neuen Technologien hinwirken und so auch den notwendigen Raum öffentlicher Kontrolle bestimmen. Der Verbesserung der Wirtschaftsstruktur unserer Stadt dient ferner die gezielte Förderung von technologieorientierten Unternehmensgründungen. Mit der verstärkten Förderung der Produktion von Umweltschutzgütern vor allem in kleinen und mittleren Hamburger Unternehmen werden die Chancen auf diesem wachsenden Markt zur Sicherung von Arbeitsplätzen wahrgenommen.

In Hamburg sind heute etwa 13 000 Personen in der Luftfahrtindustrie beschäftigt. Dazu gehören ein wesentlicher Teil der Airbus-Produktion und eine bedeutende Luftwerft. Pflege und Förderung der Luftfahrtindustrie haben deshalb für Hamburg Vorrang.

Medienwirtschaft

Die Arbeitsplätze in der Medienwirtschaft sind für Hamburg von besonderer Bedeutung. Hamburg muß alles tun, um auch in Zukunft als Zentrum der gedruckten Medien, des Films und des Fernsehens an der Spitze zu bleiben und die Arbeitsplätze in diesem Bereich zu sichern.

Information und Kommunikation werden zu einem immer wichtigeren Produktionsfaktor nicht nur der Medienwirtschaft, sondern auch in Industrie, Handwerk, Dienstleistungen, Verkehr und Handel. Wir werden im Rahmen der Standortpolitik den Ausbau Hamburgs zu einem Telekommunikationszentrum fortsetzen.

Es ist also auch aus diesem Grunde wichtig, daß in Hamburg die wissenschaftlich-technischen Bereiche der Kommunikationswirtschaft stärker entwickelt werden. Hierzu gehören die Bereiche der Kommunikationstechnik, der Mikroelektronik, der technischen Verwaltung und der Wiedergabe von Informationen.

Um die Medienwirtschaft zu stärken, wird Hamburg auch

- neue Wege in der Ausbildung für den Medien- und Kommunikationsbereich gehen;
- neue Unternehmen aus diesem Bereich gezielt in die Stadt holen;
- die Filmförderung verstärken;
- den NDR (gemeinsam mit den anderen norddeutschen Bundesländern) in seiner Wettbewerbsfähigkeit stärken;
- gemeinsam mit der Bundespost die technisch notwendigen und gesellschaftlich vertretbaren Infrastrukturmaßnahmen ergreifen.

Hamburg kann – und wird – das Medienzentrum der Bundesrepublik bleiben.

2

Standort Hamburg

Hafen

Hafen und Handel bleiben wichtiger Motor der Hamburger Wirtschaftsentwicklung. Der Hamburger Hafen hat in den vergangenen Jahren seine Wettbewerbsfähigkeit unter schwierigen Bedingungen behauptet. Die gute und schnelle Arbeit der dort Beschäftigten bietet Grund zur Zuversicht auch für die Zukunft. Voraussetzung dafür ist aber eine dauernde Verbesserung der Qualifikation der Arbeitnehmer. Wir werden deshalb die Fortbildung zum Hafenfacharbeiter weiterhin unterstützen. Die technische Entwicklung ist zwar weit fortgeschritten, doch wird sich der technische Wandel noch stärker vollziehen. Dabei werden wir darauf achten, daß die Arbeitsplatzgestaltung menschengerecht erfolgt. Die HHLA muß als hafenpolitisches öffentliches Unternehmen auf eine gesunde Grundlage gestellt und erhalten werden. Angesichts der schwierigen Wettbewerbsslage muß allerdings weiterhin auf günstige Kosten geachtet werden. Dazu gehören auch wettbewerbsfähige Hinterlandtarife. Hier ist jetzt die Bundesregierung aufgefordert, die gesetzlichen Bestimmungen, durch die Hamburg und Bremen benachteiligt werden, endlich zu beseitigen. Dabei muß das Ziel weiter verfolgt werden, beim Gütertransport über lange Strecken oder von gefährlichen Stoffen der Bahn den Vorrang vor dem Straßenverkehr einzuräumen.

Die Sicherung der Funktionsfähigkeit des Hafens, die Sicherung der Gesundheit der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz im Hafen und die Strukturpolitik für den Hafen werden wir in enger Abstimmung mit den im Hafen tätigen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und deren Vertretungen in dem bestehenden gemeinsamen Verwaltungsrat Hafen Hamburg festlegen.

Wir werden die Entwicklung des Hafens zu einem europäischen Umschlags-, Verarbeitungs- und Dienstleistungszentrum fortsetzen. Dazu gehört auch der verstärkte Ausbau von leistungsfähigen Außenhandelszentren. Entsprechende wassernahe Flächen sollen auch für diese neuen Funktionen zur Verfügung gestellt werden. Die Erhaltung unseres Freihafens ist für alle diese Zwecke eine unabdingbare Voraussetzung.

2

Standort Hamburg

Der Bedarf an Hafenflächen für die nächsten Jahrzehnte wird sich nicht mehr so entwickeln, wie noch Anfang der 80er Jahre vorausgesagt wurde. Ein Ausbau der Infrastruktur für weitere Hafenbetriebe soll nur so vorgenommen werden, daß keine überflüssigen Kapazitäten geschaffen werden. Der Hafen muß als eine Einheit betrachtet werden. Deshalb werden wir die Hafenentwicklung den realistischen Bedarfen anpassen. Den betroffenen Bürgern Moorburgs und Francops können wir deswegen im Rahmen langfristiger Flächenvorsorge für die absehbare Zukunft klare Perspektiven für ihre Ortsteile bieten.

Ein besonders schwieriges Problem bleibt die Aufrechterhaltung der notwendigen Wassertiefen im Hafen. In der nächsten Legislaturperiode müssen endlich zwischen der Bundesrepublik und der DDR sowie der CSSR Vereinbarungen zur Reinhaltung der Elbe zustande kommen. Ohne solche Schritte wird das Problem des Baggergutes in Hamburg auf Dauer nicht lösbar sein.

Wir werden zugleich neue Wege prüfen, um die oberhalb Hamburgs eingeleiteten Schadstoffe nicht im Hamburger Hafen wie in einer Kläranlage aufzufangen. Hamburg kann eine solche Belastung ohne Hilfen nicht verkraften.

Daneben werden wir weiterhin darauf achten, daß die mit dem Betrieb des Hafens verbundenen Umweltbelastungen vermindert werden. Die an der Elbe ansässige Industrie muß modernste betriebliche Abwasserreinigungstechniken einsetzen. Für die Abfallentsorgung der Schiffe (einschließlich Altöl, Chemikalien usw.) müssen leistungsfähige Entsorgungsanlagen eingerichtet werden.

2

Standort Hamburg

Handel

Die Stärke unserer Stadt in ihren internationalen Verbindungen des Außenhandels werden wir weiter fördern. Die Ansiedlung weiterer Außenhandelszentren, die Entwicklung der Messe und des Kongreßwesens werden auch gestärkt durch die wissenschaftlichen Einrichtungen, die Informationen über die Entwicklung der Handelspartner vermitteln und in ihren Sprachen ausbilden. Die verstärkte Förderung dieser Einrichtungen ist deshalb eine sinnvolle Investition in die Zukunft unserer Stadt. Das gilt auch für die Ländervereine, die einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung der außenwirtschaftlichen Beziehungen leisten.

Eine besondere Sorge bereitet uns die Entwicklung im Einzelhandel, insbesondere die Konzentration des Umsatzes auf wenige große Unternehmen und die Entwicklung sogenannter „grauer Märkte“. Hierunter leidet die Versorgung der Bevölkerung mit den Gütern des täglichen Bedarfs. Es kommt darauf an, Wettbewerbsnachteile für kleinere und mittlere Einzelhandelsgeschäfte zu vermeiden, ihre Ertragskraft zu stärken und ihnen den Anpassungsprozeß an die veränderte Einkaufsgewohnheit zu erleichtern. Wir werden dies insbesondere bei der Stadtplanungs- und Ansiedlungspolitik berücksichtigen. Die Entstehung „grauer Märkte“ ist zu verhindern.

Öffentliche Unternehmen

Hamburg verfügt mit seinen öffentlichen Unternehmen über ein differenziertes Instrumentarium zur Umsetzung seiner Politik – von der Wohnungswirtschaft bis zur Energiepolitik. Sie bündeln eine beachtliche Wirtschaftskraft und sichern eine hohe Zahl von qualifizierten Arbeitsplätzen in sozialer Verantwortung. Hamburgs öffentliche Unternehmen sollen

- die Humanisierung der Arbeitsplätze weiter voranbringen; dazu werden die Unternehmen eng mit dem neuen Zentrum zur Humanisierung des Arbeitslebens zusammenarbeiten;
- neue Technologien und elektronische Datenverarbeitung einsetzen und sozial verträglich gestalten;
- aus arbeitsmarktpolitischen Gründen der Arbeitszeitverkürzung Priorität einräumen und die Unternehmen für Ausbildungsprogramme und den Ausbau des Zweiten Arbeitsmarktes einsetzen; dabei sind Mädchen und Frauen besonders zu berücksichtigen;
- den Mehrarbeitsumfang konsequent einschränken und Regelungen einführen, damit Überstunden zwingend durch Freizeit ausgeglichen werden;
- den notwendigen Umstrukturierungsprozeß in der Hamburger Industrie unterstützen und Arbeitsplätze durch Erschließung neuer Marktchancen, z. B. im Umweltschutz sicherstellen; hierzu kommt auch die Initiierung einer Hamburger Gesellschaft für Energie- und Umwelttechnik in Betracht, wie sie von der IG-Metall vorgeschlagen worden ist;
- die Investitionen regionalwirtschaftlich ausrichten.

2

Standort Hamburg

Verkehr

Wichtige Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt werden durch die Verkehrspolitik gesetzt. Wir werden daher in den kommenden Jahren

- den Ausbau durch Modernisierung des Flughafens auf dem bestehenden Gelände konsequent vorantreiben und seine verkehrsmäßige Anbindung unter anderem durch die geplante Umgehung Fuhrsbüttel und einen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs verbessern; dabei werden wir zugleich den Lärmschutz für die betroffenen Stadtteile verstärken und neue technische Entwicklungen, die den Fluglärm und die Luftverschmutzung auf dem Boden wie in der Luft verringern, ständig auf ihre Anwendbarkeit für den Flughafen Fuhrsbüttel überprüfen und im Sinne einer Bekämpfung der Umweltbelastung bereits an der Quelle einsetzen;
- die Realisierung der vierten Elbtunnelröhre nachdrücklich betreiben; dabei werden wir den Lärmschutz an der Autobahn in den angrenzenden Stadtteilen verstärken und prüfen, inwieweit eine Filterung der Tunnelabluft möglich und realisierbar ist;
- auf den zügigen Bau der geplanten neuen Güterbahnverbindung zum Hafengebiet hinwirken; dabei werden wir den betroffenen Stadtteilen mit Lärmschutzmaßnahmen helfen;
- sicherstellen, daß die Bundesbahnverbindungen noch weiter verbessert werden und Hamburg in das neue Verkehrssystem der ICE-Hochgeschwindigkeitszüge voll einbezogen wird.

Nur durch exzellente Verkehrsverbindungen und den Ausbau der Telekommunikation können die Nachteile der geografischen Lage Hamburgs ausgeglichen werden.

Energie

Ein wichtiger Faktor für den Standort Hamburg ist auch die richtige Energiepolitik.

Wir Hamburger Sozialdemokraten bekennen uns zu unserer Verantwortung für die energiepolitischen Strukturentscheidungen der 60er und 70er Jahre.

In der Diskussion über das Kernkraftwerk Brokdorf 1981/82 haben wir unsere Zweifel an den prognostizierten Stromzuwachsraten und unsere generellen Vorbehalte gegenüber der Kernenergie wegen der trotz hoher Sicherheitsstandards unvermeidbaren Risiken formuliert. Für die SPD können Kernkraftwerke daher nur als Übergangstechnologie akzeptiert werden.

Die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl ist ein historischer Einschnitt, der uns veranlaßt hat, den Übergang von der Kernspaltung zu einer sanften Energieversorgung mit Nachdruck zu planen und die Konsequenzen entscheidbar zu machen.

Ausstieg

Der Ausstieg muß jetzt zeitlich befristet und schlüssige Antworten auf die Frage nach den Alternativen müssen gefunden werden.

Wir Hamburger Sozialdemokraten fordern deshalb

- eine grundsätzliche Ausrichtung der bundesdeutschen Energiepolitik auf Stromversorgung ohne Kernenergie,
- eine gründliche Überprüfung der Sicherheit der um Hamburg betriebenen Kernkraftwerke, um deren weitere Nutzung für eine Übergangszeit beurteilbar zu machen,
- konkrete zeitbezogene Planungen für einen Ausstieg der Bundesrepublik und Hamburgs aus der Kernenergie,
- eine Politik der Bundesrepublik Deutschland, die das Ziel einer sicheren Energieversorgung ohne Kernenergie europäisch und weltweit realisierbar macht.

Eine Umkehr in der Energiepolitik bedeutet für uns zunächst eine sofortige Verabschiedung von der großtechnischen, kommerziellen Plutoniumwirtschaft.

Wir lehnen den Einstieg in die Technologie schneller Brutreaktoren ab, wie sie gegenwärtig in Kalkar und Wackersdorf vorbereitet wird. Wir streben eine Änderung des Atomgesetzes an, mit der die direkte Endlagerung verbrauchter Kernbrennstäbe vorgeschrieben wird.

Darüber hinaus kann angesichts der Struktur der Energieversorgungsunternehmen ein völliger Ausstieg aus der Kernenergie nur auf Bundesebene durchgesetzt werden. Wir fordern daher eine Novellierung des Atomgesetzes, durch welche der Weiterbetrieb aller Kernkraftwerke befristet wird und die Lasten des Ausstiegs gerecht verteilt werden, auch zwischen den Energieversorgungsunternehmen. Dadurch soll ermöglicht werden, neue Betriebsgenehmigungen nicht zu erteilen.

2

Standort Hamburg

Es muß sichergestellt sein, daß nach menschlichem Ermessen keine Gefährdung Hamburgs von den derzeit noch betriebenen Kernkraftwerken ausgehen kann. Unsere Forderung ist: Sicherheit hat Vorrang vor Wirtschaftlichkeit!

Wir fordern daher eine erneute eingehende Überprüfung der Sicherheitsstandards von Stade, Brunsbüttel und Krümmel bis zum Jahresende. Hierbei sind auch diejenigen Kritiker miteinzubeziehen, die die Sicherheit einzelner Kernkraftwerke in Frage stellen. Die Überprüfung von Stade muß die Frage der Versprödung miteinbeziehen, die zuletzt vor drei Jahren untersucht wurde. Zu diesem Zweck muß der Reaktor stillgelegt werden. Nach Vorlage der Gutachten muß entschieden werden, ob die Kernkraftwerke noch für eine Übergangszeit verantwortet werden können oder sofortige Stilllegungen einzelner Kraftwerke erforderlich sind.

Bei einem Anteil von derzeit 74 Prozent Kernenergie an der Stromerzeugung für Hamburg ist ein sofortiger völliger Verzicht auf Kernkraftkapazitäten für uns keine realisierbare Möglichkeit. Notwendig ist vielmehr die konkrete zeitbezogene Planung von Schritten, wie wir Kernkraft durch andere Energieträger ersetzen können. Ziel muß es sein, uns auf die schnellstmögliche Weise von der Kernenergie unabhängig zu machen. Ein sozialdemokratisch geführter Senat wird in der ersten Hälfte der nächsten Legislaturperiode ein solide durchgeplantes Ausstiegsszenario vorlegen.

2

Standort Hamburg

Eckpunkte

Grundlage der Umstrukturierung der Energieversorgung müssen folgende Ansätze sein:

- Die wichtigste, noch unzulänglich erschlossene Energiequelle ist die Energieeinsparung. So lassen sich allein im Bereich der Gebäudeisolierung weitere Einsparungen von über 30 Prozent bis zum Jahre 2000 erzielen. Die SPD wird daher ein hamburgisches Programm zur Beschleunigung wärmedämmender Maßnahmen im Mietwohnungsbestand schaffen.
- Der Primärenergieeinsatz muß weiter nach dem Prinzip der Wärme-Kraft-Kopplung effektiviert werden. Hierzu ist das schon heute größte Fernwärmenetz in der Bundesrepublik in möglichst kurzen Fristen auf den Anschluß von 330 000 Wohneinheiten auszubauen. Wir treten ferner für die Schaffung neuer Stromkapazitäten durch den Bau dezentraler gasbetriebener Blockheizkraftwerke ein, mit denen gleichzeitig die Wärmeversorgung besser dem Bedarf in einzelnen Stadtgebieten angepaßt werden kann.
- Die Kohle muß für die Stromerzeugung auch im Grundlastbereich wieder ein stärkeres Gewicht erhalten. Das bedingt die Reaktivierung vorsorglich bereitgehaltener Kraftwerksstandorte in Übereinstimmung mit dem umweltpolitischen Konzept des Senats, – so insbesondere der erst kürzlich zurückgestellte Standort Hafwerweg – und die Kapazitätserweiterung vorhandener bzw. zu erneuernder Kraftwerke.

3. Eine gute Ausbildung ist die beste Zukunftssicherung

Ein demokratisches Gemeinwesen braucht freie und verantwortungsbereite junge Menschen, die ihren Weg in das Leben im Bewußtsein dieser Verantwortung antreten. Unsere Bildungseinrichtungen sollen zur Erziehung solcher Menschen beitragen.

Von jeher haben wir dafür gekämpft, daß alle Schichten unseres Volkes die Möglichkeit für eine gute Bildung und eine zukunftsichernde Ausbildung bekommen. Denn Wissen ist eine unentbehrliche Grundlage für ein Leben in Selbstbestimmung und für die Teilhabe am wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und politischen Geschehen.

Wir wissen aber auch, daß die Jugendzeit nicht nur darin bestehen darf, für das spätere Arbeitsleben zu lernen. Das Verstehen der Welt, Spaß am Sport, Freude an den Künsten und der Natur sind wichtige Erziehungsziele im Aufwachsen der jungen Menschen in unserer Stadt. Deshalb werden wir auch die musische Erziehung in Hamburg weiter stärken. Alle Kinder müssen diese Chance haben.

Schule

Die Zustimmung, die integrierte Gesamtschulen bei Eltern und Schülern gefunden haben, und ihre erfolgreiche Arbeit ermutigen uns, unter Wahrung des Elternrechts auf diesem Weg fortzuschreiten. Denn in unserem Schulwesen soll nicht Auslese stattfinden, sondern es sollen Kinder aller Bevölkerungsschichten, Nationen und Begabungen durch gemeinsamen Unterricht und gemeinsame Erziehung in ihrer Entwicklung gefördert werden. Gleiche Chancen in diesem Sinne sind kein Widerspruch zu Qualifikation.

Zur Erfüllung der heutigen beruflichen Notwendigkeiten muß in allen Schulformen die vorberufliche Bildung zu einem umfas-

3

Ausbildung

senden Angebot ausgebaut werden. Dazu gehören Arbeitslehre, Berufsorientierung und Betriebspraktika als selbstverständliche Bildungsangebote für alle Hamburger Jugendlichen. So wird der schwierige Übergang von der Schule in Ausbildung und Beschäftigung leichter.

Um die jungen Menschen auf die besonderen Herausforderungen vorzubereiten, welche die neuen Informations- und Kommunikationstechniken insbesondere im späteren Arbeitsleben mit sich bringen, werden künftig alle Schülerinnen und Schüler der allgemeinbildenden Schulen mit den Grundlagen sowie den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der neuen Techniken vertraut gemacht. Die Lehrpläne für Abiturienten und Berufsschüler sollen durch informationstheoretische und -technische Fachschwerpunkte ergänzt werden. Zugleich soll die Kritikfähigkeit gegenüber den Medien entwickelt und gestärkt werden. Durch qualifizierte Lehrerfortbildung muß die Schule selbst Kompetenz für neue Technologien, ihre Anwendung und Auswirkungen gewinnen.

Die heranwachsende Hamburger Jugend soll sich durch besondere Weltoffenheit und die Fähigkeit auszeichnen, Beziehungen zum Ausland zu pflegen. Hier werden wir weitere Akzente setzen, zum Beispiel durch ein nochmals erweitertes Fremdsprachenangebot.

Mit dem Ziel einer nachhaltigen Reduzierung der Stofffülle werden die Lehrpläne überarbeitet. Parallel dazu wird die Lehrerfortbildung verstärkt.

Das 10. Schuljahr in allgemeinbildenden und beruflichen Schulen einschließlich der durch die Neufassung des Schulgesetzes von 1985 vorgesehenen Eingangsstufe wird zügig ausgebaut.

Berufsausbildung

Hamburgs Spitzenstellung in Angebot und Ausstattung beruflicher Schulen wird in allen Berufsfeldern gesichert. Durch gezielte Einstellungen in diesem Bereich werden wir den heute noch bestehenden Lehrermangel beseitigen. Dadurch werden zugleich fachspezifische Engpässe abgebaut.

Wir Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, daß jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhält. Wir erwarten deshalb von der Hamburger Wirtschaft, daß sie ihre Ausbildungsanstrengungen weiter verstärkt, damit die Einführung einer Berufsausbildungsplatzabgabe nicht erwogen werden muß. Sie muß hier ihrer Verantwortung so gerecht werden, daß der Einsatz von Steuermitteln für zusätzliche betriebliche und überbetriebliche Ausbildungsplätze entbehrlich wird. Dabei sollten Angebote vor allem in zukunftsorientierten Berufen gefördert werden.

Um jedoch auch den Jugendlichen, denen die Wirtschaft keine Ausbildungsplätze anbietet, eine Ausbildungschance einzuräumen, werden wir auch künftig mit Senatsprogrammen zur Ergänzung der Lehrstellenangebote der Wirtschaft eintreten und entsprechend dem neuen Schulgesetz die Klassen für Jugendliche ohne Ausbildungsplätze beseitigen.

Hochschulen

Das Land Hamburg hat erhebliche finanzielle Anstrengungen unternommen, um den Bereich Wissenschaft und Forschung zu fördern und um die Ausbildungskapazität der Hamburger Hochschulen zu erhöhen. Hamburg ist das Wissenschaftszentrum in Norddeutschland. Hamburg hat damit in finanzieller Hinsicht weit mehr geleistet als die anderen Bundesländer. Sozialdemokratische Hochschulpolitik soll weiter ihren Beitrag leisten; sie soll einen wesentlichen Beitrag zur Ausbildung der jungen Generation gewährleisten.

Die Hamburger Hochschulen haben neben ihren klassischen

3

Ausbildung

Aufgaben in der Forschung und insbesondere den großen Anstrengungen in der Ausbildung von Studenten in den letzten Jahren auch eine zunehmend wichtige Rolle bei der ökonomischen und ökologischen Modernisierung Hamburgs gespielt. Ihre Bedeutung auch für die Arbeitsplätze wird wachsen. Im Bereich der technischen Wissenschaften hat Hamburg noch Nachholbedarf.

Forschen

Forschung, Lehre und Studium sind auch wesentliche Bestandteile der geistigen Entwicklung Hamburgs. Nach einer Phase besonderer Ausbildungsanstrengungen müssen dringend bessere Bedingungen an den Hochschulen eintreten, wenn in den 90er Jahren die Studentenzahlen zurückgehen.

Das eröffnet die Möglichkeit, neue wichtige Fragen aus der Gesellschaft aufzugreifen und Beiträge der Wissenschaft zu ihrer Lösung zu erarbeiten.

Aus sozialdemokratischer Sicht ist die Freiheit der Wissenschaft immer zugleich auch eine Mitverantwortung für die Folgen dieser Freiheit. In diesem Sinne wird es darauf ankommen, Hamburg als führendes Wissenschafts- und Forschungszentrum weiter auszubauen.

Hamburg wird und kann seine Hochschulpolitik, die in den vergangenen Jahren zwangsläufig eher von quantitativen Gesichtspunkten bestimmt war, künftig wieder stärker auf qualitative Gesichtspunkte ausrichten. Hierfür wird ein Strukturentwicklungsplan für Hochschulen vorgelegt werden.

Es wird dabei darauf ankommen, Wissenschaftlern in Hamburg noch attraktivere Forschungs- und Arbeitsbedingungen zu sichern, um Spitzenkräfte zu gewinnen, die entsprechende Leistungen erbringen.

3

Ausbildung

Zu diesem Zwecke wollen wir

- die Leistungskraft der Hamburger Hochschulen weiter erhöhen;
- den Ausbau von zukunftsorientierten Schwerpunkten an den Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen voranbringen;
- die Studienreform vorantreiben, um die Berufschancen der Studierenden zu verbessern;
- den Ausbau der Technischen Universität Hamburg-Harburg in Schwerpunkten beschleunigen und insgesamt fortsetzen;
- neue Wege für eine engere Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Wirtschaft (Arbeitgeber und Gewerkschaften) und Staat an den Hochschulen und außerhalb der Hochschulen schaffen; in diesem Zusammenhang werden verstärkte Bemühungen um die Gründung von Stiftungsprofessuren angestellt werden;
- Wissenschaftlern mit besonderer Qualifikation besondere Forschungsmöglichkeiten geben; dazu soll es in Zukunft möglich gemacht werden, Forschungs- und Lehraufgaben innerhalb einer Hochschule unterschiedlich zu verteilen;
- die Gründung neuer Institute vorantreiben;
- den Geisteswissenschaften durch verstärkte interdisziplinäre Arbeit neue Impulse geben.

Um angesichts knapper Mittel eine sachgemäße und effiziente Konzentration der wissenschaftlichen Möglichkeiten auf besonders attraktive Zukunftsgebiete zu erreichen, werden Beratergruppen aus der Wissenschaft, Wirtschaft (Gewerkschaften und Kammern) und Verwaltung in einem ständigen Gremium zusam-

3

Ausbildung

mengefaßt, das unter Vorsitz des Ersten Bürgermeisters über die Schwerpunkte beraten und Empfehlungen an Senat und Bürgerschaft geben wird.

Wir Hamburger Sozialdemokraten werden das Unsere tun, damit die von der konservativen Mehrheit im Bundestag und Bundesrat beschlossene demokratiefeindliche Novelle des Hochschulrahmengesetzes nach der Bundestagswahl 1987 von einer SPD-Bundesregierung rückgängig gemacht wird. Es wird deshalb auch keine vorschnelle Anpassung des Hamburger Hochschulgesetzes geben.

Weiter lernen

Für die Motivation in Schulen, Berufsbildung und Hochschulen ist es zwingend erforderlich, daß sich nach einer qualifizierten Ausbildung und erfolgreicher Abschlußprüfung auch eine Berufschance eröffnet. Die erste berufliche Erfahrung der jungen Menschen darf nicht darin bestehen, an den Rand gedrängt zu werden und sich überflüssig vorzukommen. Dies zu erreichen, müssen wir auch den Mut zu den beschriebenen neuen Wegen der Arbeitsmarktpolitik haben.

Schneller Strukturwandel läßt zwangsläufig Wissen schneller „veralten“. Der Ausbau der Weiterbildung und eine ständige Qualifizierung von Arbeitnehmern auf breiter Front ist deswegen ein wesentlicher Schwerpunkt der nächsten Legislaturperiode. Diese Aufgabe ist aber nur durch eine gemeinsame Anstrengung von Unternehmen, Gewerkschaften, Arbeitsverwaltung und Senat möglich. Wir werden dazu ein mittelfristiges Programm für ein Verbundsystem Weiterbildung vorlegen.

Weiterbildung soll und kann nicht verstaatlicht werden. Aber staatliche Bildungseinrichtungen haben eine wichtige Rolle in einem Gesamtkonzept zur Weiterbildung zu übernehmen. Das betrifft besonders die Hochschulen und Volkshochschulen.

3

Ausbildung

Die Hochschulen müssen sich nicht nur angesichts der Tatsache, daß die Zahl der Studenten zurückgehen wird, öffnen für Weiterbildung, auch mit Kursen für Arbeitnehmer.

Eine maßgebliche Rolle bei dieser Qualifizierungsoffensive kommt auch der Hamburger Volkshochschule zu. Wir werden ihr Angebot, insbesondere bei den Tageskursen, erweitern. Die Volkshochschule muß für breite Kreise der Bevölkerung, auch durch angemessene Gebühren, attraktiv bleiben.

Die Einrichtungen zur Qualifizierung erwerbsloser Arbeitnehmer, z. B. die Stiftung Berufliche Bildung – Arbeitslosenbildungswerk sollen durch Ausbau der Kapazitäten, durch Erweiterung ihrer Angebotspalette in zukunftssichernden Berufen und durch Verbesserung ihrer Methoden noch effektiver werden. Dabei müssen gewerbliche Arbeitnehmer, Frauen und längerfristig erwerbslose Jugendliche angesichts ihrer besonders bedrängten Lage auf dem Arbeitsmarkt vorrangig neue Chancen erhalten.

So werden wir in den nächsten Jahren in Hamburg das Museum der Arbeit ausbauen, das dem Besucher ein anschauliches Bild vermittelt von historischen Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung, von der Mühe schwerer Arbeit wie von Kunst auf dem Geleisete.

Umgebaut und ausgebaut wird die Museumsinsel am Hauptbahnhof, um städtebauliche Fehler der Vergangenheit zu beseitigen und attraktive Ausstellungsmöglichkeiten zu schaffen. In diesem Zusammenhang werden wir unsere Bemühungen fortsetzen, bestehende Sammlungen zeitgenössischer Kunst auch für Hamburg zu gewinnen. Wenn es gelingt, hier einen entscheidenden Schritt zu tun, werden die dafür erforderlichen Ausstellungsräume von staatlicher Seite geschaffen werden.

Hamburg hat in den letzten Jahren eine besonders erfolgreiche

4

Kultur für alle

4. Kulturmetropole Hamburg — Kultur für alle

Die Anziehungskraft und die Ausstrahlung einer Metropole wird auch von ihrem kulturellen Leben bestimmt. Es ist wichtig, daß Wissenschaftler und Künstler, Schriftsteller und Journalisten sich in unserer Stadt wohlfühlen und hier produktiv arbeiten können.

Hamburg hat in dieser Beziehung heute außerordentlich viel zu bieten. Das Angebot an staatlichen und privaten Bühnen, Museen, Musik und kulturellen Aktivitäten in den Stadtteilen ist besonders vielfältig.

Und auch außerhalb der Innenstadt sind die kulturellen Aspekte interessant. In den kommenden Jahren wollen wir dafür sorgen, daß das kulturelle Angebot in den Stadtteilen weiter ausgebaut wird. Wir werden bisher eher benachteiligte Bereiche, wie z. B. die bildenden Künste, die Literatur, den Film (kommunales Kino) besonders fördern. Wir stärken damit auch die Bereitschaft zu einem aktiven und kreativen Leben. Dies ist wichtig, wenn verhindert werden soll, daß Gruppen unserer Gesellschaft in Isolation oder Passivität abgedrängt werden.

Schneller als je zuvor wird zwangsläufig Wissen schneller veraltet. Der Ausbau der Weiterbildung und eine ständige Qualifizierung der Arbeitnehmer auf höherer Ebene ist deswegen ein wesentlicher Schwerpunkt der nächsten Legislaturperiode. Diese Aufgabe ist nicht nur durch eine gezielte Anstrengung von Unternehmen, Gewerkschaften, Arbeitsverwaltung und Staat möglich. Wir werden dazu ein breitgefächertes Programm für ein vielfältiges Weiterbildungsangebot vorlegen.

Weiterbildung kann nicht ersetzt werden, aber staatliche Einrichtungen haben eine wichtige Rolle zu spielen. Sie sind z. B. Wegweiser zu Weiterbildungsstellen. Das betrifft insbesondere die Hochschulen und Fachhochschulen.

Ziele

So wird es nach unserer Auffassung auch in der kommenden Legislaturperiode darauf ankommen, drei kulturpolitische Ziele miteinander zu verbinden:

- die Aufrechterhaltung der Qualität der großen Kultureinrichtungen in Hamburg;
- die Öffnung dieser Kultureinrichtungen für möglichst viele Menschen;
- die Fortentwicklung von Ansätzen einer „aktiven“ Kultur der Bewohner unserer Stadt im Sinne des Konzeptes der Stadtteilkultur, auch durch einen breiteren Ansatz der Hamburger Bücherhallen.

Neue Kultur-Räume

In bestimmten Bereichen werden wir in der kommenden Legislaturperiode das Kulturangebot in Hamburg erweitern:

So werden wir in den nächsten Jahren in Barmbek das Museum der Arbeit ausbauen, das dem Besucher ein anschauliches Bild vermittelt von historischen Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung, von der Mühe schwerer Arbeit wie vom Stolz auf das Geleistete.

Umgebaut und ausgebaut wird die Museumsinsel am Hauptbahnhof, um städtebauliche Fehler der Vergangenheit zu beseitigen und attraktive Ausstellungsmöglichkeiten zu schaffen. In diesem Zusammenhang werden wir unsere Bemühungen fortsetzen, bestehende Sammlungen zeitgenössischer Kunst auch für Hamburg zu gewinnen. Wenn es gelingt, hier einen entscheidenden Schritt zu tun, werden die dafür erforderlichen Ausstellungsräume von staatlicher Seite geschaffen werden.

Hamburg hat in den letzten Jahren eine besonders erfolgreiche

4

Kultur für alle

Filmförderungspolitik begonnen, die energisch weiter ausgebaut werden soll, damit sich Film und Kino als wesentliche kulturelle Leistungen unseres Jahrhunderts weiter entwickeln können.

Die erfolgreichen Ansätze einer Denkmalschutzpolitik für die Großstadt werden wir ausbauen. Damit werden wir neben den traditionellen Aufgaben der Denkmalpflege auch die Bauten der Arbeits-, Verkehrs- und Technikgeschichte erhalten.

Wichtig ist es ebenfalls, daß Hamburg kulturellen und sportlichen Großereignissen einen angemessenen Platz anbieten kann. Wir werden deshalb in der nächsten Legislaturperiode das Ziel verfolgen, die finanziellen und planerischen Voraussetzungen für die Errichtung einer großen Mehrzweckhalle zu schaffen. Wir werden den Ausbau der sportlichen Leistungszentren mit überregionalem Einzugsbereich fortsetzen und die Vereine und Verbände darin unterstützen, internationale bedeutsame Sportveranstaltungen nach Hamburg zu holen.

Die Realisierung dieser Vorhaben wird mehr als eine Legislaturperiode in Anspruch nehmen.

Seit 1978 haben die Hamburger Sozialdemokraten mit dem Motto „Kultur für alle“ der Kulturpolitik neue Impulse gegeben. Kulturpolitik als Teil aktiver Gesellschaftspolitik und produktiver Investition in die Zukunft werden wir konsequent und stetig fortsetzen.

5. Die Gleichberechtigung weiter voranbringen

Der Kampf um die Verwirklichung gleicher Rechte für alle Menschen ist das eigentliche Leitmotiv der Sozialdemokratie in ihrer ganzen Geschichte. Und das heißt und hieß immer auch: Gleiche Rechte für Frauen und Männer.

In Hamburg wurde auf diesem Feld vielfach schon Fortschrittliches geleistet: Mit der Finanzierung von Frauenhäusern, in denen Frauen Schutz vor Gewalt finden; mit zahlreichen anderen Frauenprojekten; mit der Einrichtung einer Gleichstellungsstelle für Frauen auf Senatsebene; mit einer verbindlichen Richtlinie zur Förderung von Frauen im Öffentlichen Dienst; aber auch mit zahlreichen gesetzlichen Initiativen auf Bundesebene.

Dabei wissen wir: Auf dem Weg zu wirklicher Gleichberechtigung bleibt noch viel zu tun, zumal gerade Frauen die Opfer der derzeitigen Arbeitsmarktpolitik und des fortschreitenden Sozialabbaus dieser Bundesregierung sind.

Die Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau ist keine politische Einzelaufgabe. Sie muß in allen politischen Initiativen und Handlungen enthalten sein:

Mehr Frauen

Politik für Frauen wird es nur dann wirklich geben, wenn Frauen selbst an maßgeblicher Stelle dabei sind. Deshalb werden in der nächsten SPD-Bürgerschaftsfraktion sehr viel mehr Frauen mitwirken als bisher.

Wir werden die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für eine partnerschaftliche Familie schaffen. Die Vereinbarkeit von Arbeitswelt und Familie ist ein wesentlicher Auftrag für die Politik.

5

Gleich- berechtigung

Mehr für Frauen

Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krise entscheidet sich die Frage wirklicher Gleichberechtigung auch daran, wie für Frauen das Recht auf Ausbildung und Arbeit durchgesetzt wird. Die Rationalisierungen und neuen Kommunikationstechnologien bedrohen auch Frauen mit dem Verlust von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Deshalb werden wir folgende Initiativen ergreifen:

- bei den Ausbildungs- und Weiterbildungsprogrammen des Senats die Interessen und Probleme der Mädchen besonders berücksichtigen; die Ausbildung von Mädchen in gewerblich-technischen Berufen werden wir noch verstärken und verbessern;
- beim Ausbau des Zweiten Arbeitsmarktes verstärkt Frauen insbesondere in solchen Tätigkeitsbereichen berücksichtigen, in denen die Frauenarbeitslosigkeit besonders hoch ist;
- spezielle Programme zur beruflichen Wiedereingliederung von Frauen einrichten, die für einige Jahre aus dem Beruf ausgeschieden sind, um sich der Erziehung der Kinder zu widmen;
- durch gezielte Informationen und Beratung Frauen unterstützen, die einen eigenen Betrieb gründen wollen;
- spezielle Fortbildungsmaßnahmen in den Bereichen zu entwickeln, in denen vorwiegend Frauen arbeiten;
- den Anteil der Frauen in qualifizierten und leitenden Positionen im öffentlichen Dienst weiter erhöhen; das gleiche gilt für die öffentlichen Unternehmen; für diese werden Gleichstellungsrichtlinien und Frauenförderungspläne aufgestellt werden;
- uns weiter auf Bundesebene dafür einsetzen, daß auch diejenigen Frauen der älteren Generation, die unsere Stadt nach dem Kriege wieder aufgebaut haben, eine gleichberechtigte Alterssicherung erhalten.

5

Gleich- berechtigung

Hilfe

Familienergänzende Betreuungsangebote leisten einen wichtigen Beitrag, um Benachteiligungen von Frauen abzubauen.

Für viele, insbesondere für alleinerziehende Mütter ist es zur Sicherung ihrer Existenz geradezu unumgänglich, das Angebot öffentlicher Erziehung wahrzunehmen.

Wir verfolgen daher weiterhin das Ziel, eine bedarfsgerechte Zahl von Plätzen in Krippen und Kindergärten anzubieten, und werden dafür sorgen, daß in Kindertagesheimen auch künftig nur angemessene und soziale Gebühren erhoben werden.

Im Interesse von Eltern und Kindern werden wir darauf achten, daß eine optimale Qualität der Betreuung gesichert wird. Die individuellen Entfaltungsmöglichkeiten der Kinder müssen gewährleistet und die Integration behinderter Kinder und ausländischer Kinder weiter vorangebracht werden.

6. Die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit ist oberstes Ziel sozialdemokratischer Politik

Verschärfter Leistungswettbewerb droht auch in der Bundesrepublik eine „Zweidrittel-Gesellschaft“ entstehen zu lassen. Eine Gesellschaft nämlich, in der die Erfolgreichen und Leistungsfähigen immer bessere und die anderen immer schlechtere Lebensbedingungen zu erwarten haben. Der technologische Wandel hat in der Arbeitswelt in Teilbereichen zwar zu einem Abbau gesundheitsschädlicher Arbeitsbedingungen geführt, dennoch ist die Bilanz der Betriebsunfälle, Berufskrankheiten und Frühverrentungen nach wie vor besorgniserregend; jeder Zweite scheidet wegen Frühinvalidität aus dem Arbeitsleben aus. Aber es sind auch neue Risiken und Belastungen für Arbeitnehmer entstanden. Die Zahl der arbeitsbedingten Erkrankungen nimmt zu. Deshalb fordern Sozialdemokraten eine humane Ausgestaltung auch der Arbeitsplätze, an denen durch neue Techniken bisher unbekannte Belastungen und Gefährdungen entstehen. Es darf einfach nicht sein, daß in einer wohlhabenden Gesellschaft viele Arbeitnehmer durch ihre Tätigkeit körperlich und seelisch kaputtgemacht werden. Die Arbeitnehmer haben Anspruch auf menschenwürdige Arbeitsverhältnisse. Auch die Arbeitswelt muß an den Menschenrechtsgarantien des Grundgesetzes gemessen werden. Deshalb sind die freie Entfaltung der Persönlichkeit und die körperliche Unversehrtheit des einzelnen unverzichtbare Rechte des Arbeitnehmers.

Wir werden dafür sorgen, daß die Einhaltung der bestehenden Arbeitsschutzgesetze in den Betrieben und Verwaltungen besser überwacht wird. Die Anstrengungen in der Bekämpfung illegaler Beschäftigung werden wir mit dem Ziel erhöhen, ein Verbot der Leiharbeit zu erreichen.

Menschlich arbeiten

Als nächster großer Schritt zu menschlichen Arbeitsbedingungen wird in Hamburg ein Zentrum zur Humanisierung des Arbeitslebens eingerichtet. Es soll die Umsetzung der vorliegenden Forschungsergebnisse zur Humanisierung der Arbeitswelt durch branchen- und betriebsbezogene Projekte in Hamburg anregen und auf der Grundlage einer systematischen Analyse von Belastungssituationen im Arbeitsleben weiterführende Forschungen für eine menschengerechte Gestaltung von Arbeitsplätzen in Gang setzen.

Außerdem werden wir das Forschungsfeld des Zentralinstitutes für Arbeitsmedizin der Gesundheitsbehörde ausweiten. Neben dem bisher vorhandenen toxikologisch orientierten Forschungsansatz wird künftig als weiterer Schwerpunkt am Institut die Forschung arbeitsorganisatorischer und durch die technologische Entwicklung bedingter Gesundheitsschädigungen eingerichtet. Im Rahmen unserer Humanisierungspolitik soll besonderes Gewicht darauf gelegt werden, Verfahren herauszuarbeiten, die sicherstellen, daß die Einführung neuer Technologien in Betrieben und Verwaltungen

- durch weitgehende und frühestmögliche Arbeitnehmerbeteiligung an Planung und Durchführung sozialverträglich gestaltet wird;
- durch Einbeziehung der Erfahrung der Betroffenen Arbeitsplätze so gestaltet werden, daß sie inhaltlich interessant und von stumpfsinnigen Teilabläufen befreit werden und die Qualifikation der Arbeitnehmer erhalten bleibt;
- zur Förderung der Kreativität, der Motivation und der Eigenverantwortlichkeit der Betroffenen geeignet ist.

Unsere Anstrengungen wollen wir richten auf

- den zügigen flächendeckenden Ausbau des Netzes der Sozialstationen bis 1983, so daß sich weniger ältere Men-

6

Soziale Gerechtigkeit

Schwache schützen

Für Hamburg bleibt es zentrale Aufgabe der Politik, die Schwächeren vor den Folgen eines verschärften Wettbewerbs zu schützen und ihnen ein Leben in Würde und frei von Not zu ermöglichen.

Es gilt, Mittel und Wege zu finden, auch minderqualifizierten Arbeitnehmern eine gute Chance auf einen ausfüllenden Arbeitsplatz zu geben.

Drei Bevölkerungsgruppen sind es, die dabei besonderer Aufmerksamkeit bedürfen: Arbeitslose, Behinderte und ältere Menschen mit unzureichender Alterssicherung.

Arbeitslose

Für Sozialdemokraten ist Arbeitslosigkeit nicht hinnehmbar. Denn wir wissen, was arbeitslos zu sein für jeden einzelnen bedeutet. Deshalb werden wir neben unseren Initiativen für eine aktive Beschäftigungspolitik und den Ausbau des Zweiten Arbeitsmarktes, solange noch Arbeitslosigkeit besteht, auch Arbeitsloseninitiativen und Selbsthilfegruppen verstärkt fördern.

Behinderte

Für die Behinderten wollen wir die Einbeziehung in die Gesellschaft. Sie dürfen nicht abseits stehen. Das gilt für das Wohnen ebenso wie für Schule, Beruf, Sport und Freizeit.

Deswegen werden wir in der kommenden Legislaturperiode

- die Spezialeinrichtungen für die Kindergärten abbauen und auch in Schule und Ausbildung die Möglichkeiten der Integration in die regulären Einrichtungen verbreitern;
- eine behindertengerechte Gestaltung der städtischen Umwelt energisch fördern;
- Arbeitsplätze für Behinderte am allgemeinen Arbeitsmarkt sichern und schaffen und die Werkstätten für Behinderte bedarfsgerecht ausbauen.

Ältere Menschen

Wir müssen erhebliche Anstrengungen unternehmen, um auch in Zukunft den älteren Mitbürgern ein angemessenes Auskommen zu garantieren. Wir sollten aber auch erneut nachdenken über das Zusammenleben der Generationen und über die organisatorischen Fragen, die für das Leben der Älteren entscheidend sein können.

Dabei ist völlig klar: die Probleme der Älteren dürfen nicht allein dem Staat überlassen werden. Die Familien tragen hier ein hohes Maß an Eigenverantwortung. Die Sorge für betreuungsbedürftige Familienmitglieder darf dabei auf keinen Fall einseitig zu Lasten der Frauen gehen.

Unsere Anstrengungen wollen wir richten auf

- den zügigen flächendeckenden Ausbau des Netzes der Sozialstationen bis 1989, so daß sich weniger ältere Men-

6

Soziale Gerechtigkeit

schen in unserer Stadt aus ihrer gewohnten Umgebung lösen müssen, nur weil sie nicht mehr ganz auf sich allein gestellt leben können;

- die kulturelle und sportliche Beteiligung der älteren Menschen, damit ihr Alltag leichter und erfreulicher wird. Gerade wer sein ganzes Leben hart gearbeitet hat, kann erwarten, daß er nicht in eine freudlose Isolation abgeschoben wird;
- eine verbesserte medizinische Versorgung älterer Menschen durch spezielle Rehabilitations- und Nachsorgeeinrichtungen, um so den Bedürfnissen dieser Patienten stärker gerecht werden zu können;
- die verbesserte personelle Ausstattung in Pflegeheimen, damit den Menschen, die stationäre Hilfe brauchen, das Schicksal der Pflegebedürftigkeit und damit verbundene Hilflosigkeit und Abhängigkeit erträglicher wird.

Dabei können wir in Hamburg auf wertvolle Erfahrungen in der Wahrnehmung der Interessen von älteren Menschen zurückgreifen. Die in unserer Stadt tätigen Seniorenbeiräte leisten vorzügliche Arbeit, die wir weiter nach Kräften unterstützen wollen.

7. Umweltschutz ist Lebensschutz und Sicherung unserer Zukunft

Am traditionellen Industriestandort Hamburg hat sich das Spannungsverhältnis zwischen industrieller Fertigung und dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen durch die Struktur insbesondere der Verarbeitungsindustrie, aber auch durch die geringe räumliche Ausdehnung der Stadt besonders intensiv ausgewirkt. Die aus der industriellen Produktion folgenden Umweltbelastungen sind daher bei uns früher und schärfer in das Bewußtsein getreten als anderswo.

Hamburg hat umweltpolitisch während der letzten Jahre sichtbare Fortschritte gemacht. Die Erfolge beim Schadstoffausstoß (Emissionen) und bei der Sanierung von Altlasten (auch bei Bodenbelastungen und Deponien) sind auf eine konsequente Durchsetzung richtiger Maßstäbe zurückzuführen. Diese Politik werden wir konsequent vorantreiben.

Schwerpunkte

Zur Fortsetzung unserer erfolgreichen Arbeit haben wir folgende Schwerpunkte gesetzt:

- die Elbe wird sauberer werden, denn mit der Inbetriebnahme des Klärwerkes Dradenau wird die Belastung der Elbe durch sauerstoffzehrende Stoffe aus Hamburg auf ein Zehntel reduziert werden. Verhandlungen der Bundesregierung mit der CSSR und DDR müssen zur zügigen Reduzierung der dort verursachten Elbverschmutzungen führen;
- wir werden durch weiteren Sammlerbau, Sielbaumaßnahmen und die Begrünung und Renaturisierung der Ufer- und Flachwasserzonen die Alster so weit sanieren, daß man spätestens zum Ende des Jahrhunderts in der Alster wieder baden kann;

- den Ausstoß schädlicher Stoffe, Geräusch- und Geruchsbelästigungen bei öffentlichen und privaten Betrieben werden wir weiterhin drastisch und konsequent abbauen; ein wesentlicher staatlicher Beitrag hierzu wird die Ausrüstung der HEW-Kraftwerke mit Rauchgasreinigungsanlagen sowie die Stilllegung des Kraftwerkes Karoline 1988 sein;
- auf der Grundlage der energiesparenden Kraft-Wärme-Koppelung werden wir in möglichst kurzer Frist 330 000 Wohneinheiten an das Fernwärmenetz angeschlossen haben;
- wir werden die gesamtwirtschaftliche und ökologische Konkurrenz zwischen Erdgas und Fernwärme in der Wärmeversorgung harmonisieren; im Bereich des Fernwärmeringes um die innere Stadt hat die Versorgung der Wohnungen und Gewerberäume mit Fernwärme Vorrang vor allen anderen Energieträgern;
- die kostbare Ressource Trinkwasser müssen wir durch weitere Sparmaßnahmen im öffentlichen, industriellen und privaten Bereich sichern;
- wir werden das Wanderwegnetz ausbauen, ein Landschaftsprogramm aufstellen und die Wälder und Parks verstärkt sanieren;
- wir werden zusätzliche Naturschutzgebiete ausweisen;
- durch eine Fortführung des Flächensanierungsprogrammes werden wir Altlasten abbauen;
- wir werden die Deponie Georgswerder, die Deponie Muggenburger Straße, das Boehringer-Gelände sowie weitere Deponien und Betriebsgelände sanieren;
- wir werden unter Nutzung von Spitzentechnologien eine umweltgerechte Einrichtung zur Beseitigung von Sonderabfällen schaffen;

- wir werden für eine Offenlegung aller relevanten Informationen über betriebliche Belastungen von Wasser, Boden und Luft sorgen;
- wir werden die Lärmschutzprogramme fortführen;
- das Programm „Gesundheit und Umwelt“ zur Ermittlung von Zusammenhängen zwischen Umweltbelastungen und menschlicher Gesundheit wird umgesetzt; Ziel ist es, Umweltbedingungen zu schaffen, die die Entstehung von Krankheiten, Gefährdungen und Belastungen vermindern;
- die Abfallbeseitigung wird auf eine ökologische Abfallwirtschaft umgestellt; Ziel der Hamburger Sozialdemokraten ist es, im Verlaufe des nächsten Jahrzehnts durch Vermeidung und Verwertung die durch Verbrennung oder Deponierung zu beseitigenden Hausmüllmengen zu halbieren; wenn das gelingt, verringert sich unser Bedarf an Deponieflächen und kann auch die Müllverbrennung entscheidend reduziert werden.

Modelle

Durch eine Reihe von Modellversuchen testen wir flächendeckende Sammelsysteme für Wertstoffe wie Papier, Glas, Textilien, kompostfähige Abfälle, Metall und Kunststoffe. Dabei legen wir Wert auf eine enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und fördern Recycling-Produkte, um die Bedarfe für wachsende Werkstoffmengen zu schaffen.

Durch die Umwandlung von einer kapitalintensiven Abfallbeseitigung zur arbeitsintensiven Abfallwirtschaft werden zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. Die Rahmenbedingungen für die Abfallvermeidung müssen vom Bundesgesetzgeber durch Ver- und Gebotsregelungen, durch zusätzliche Besteuerung von umweltbelastenden Produkten und Stoffen und durch Kennzeichnungspflichten geschaffen werden.

7

Umweltschutz

Im Mittelpunkt der nächsten Legislaturperiode werden wir zur Erreichung dieser Ziele die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Umweltpolitik noch stärker miteinander verbinden. Dies beinhaltet

- die ökologische Zukunftssicherung Hamburgs mit regionaler Beschäftigung zu verknüpfen;
- die Bewahrung der menschlichen Gesundheit, insbesondere durch Schutz und Humanisierung der Arbeitsplätze;
- technologische Innovationen im Dienste der Umweltsanierung mit der Forschung der Hochschulen in Hamburg zu verbinden.

Hamburg geht voran

Dabei wird Hamburg als Gesetzgeber, Verbraucher und Investor Initiator und Motor sein. Denn „Umwelt schützen“, „Gesundheit bewahren“ und „Arbeit schaffen“ sind Aufgaben, die sich nicht allein über Marktmechanismen lösen lassen. Gesundheitspolitik muß auch mit dem Bereich Umweltpolitik abgestimmt werden, damit noch besser als bisher schädliche Umwelteinflüsse auf menschliche Gesundheit vorbeugend erfaßt und bekämpft werden können.

Die im Zusammenhang mit einer solchen Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Umweltpolitik vordringlichen Maßnahmen werden wir zu aufgaben- und beschäftigungsorientierten Sachprogrammen bündeln.

Die vorrangige Beschaffung von umweltorientierten Produkten für den Verbrauch in öffentlichen Einrichtungen (Schule, Kindertagesheimen, Krankenhäusern, Behörden usw.) die Verwendung von Recycling-Papier, umweltfreundlichen Wasch- und Reinigungsmitteln, aber auch von schadstoffarmen Werkstoffen sowie die Vermeidung von Pflanzenschutzmitteln, bessere

Ersatzlösungen für Streusalz und der Einsatz umweltfreundlicher Baustoffe, alles das sind Möglichkeiten, innerhalb der Stadtwirtschaft die Ökologie zu stärken.

Wer zahlt

Die Behebung von Umweltschäden ist teuer. Sie muß deshalb zuallererst von den Verursachern der Schäden finanziert werden und darf nicht allein zu Lasten der Steuerzahler erfolgen. All diejenigen, die in der Vergangenheit Luft, Wasser und Boden sorglos als preiswerte Müllkippe genutzt haben, müssen – soweit es irgend geht – zur Finanzierung der erforderlichen Sanierungsmaßnahmen herangezogen werden. Entsprechende Lösungen, insbesondere auf Bundesebene, bleiben unser Ziel.

Häufig ist der Verursacher oder sein Anteil an einer Verschmutzung nicht eindeutig zu ermitteln. Die Finanzkraft eines kleineren Unternehmens würde durch alleinige Sanierungsverpflichtungen gesprengt. Daher soll auf Bundesebene ein Altlastenfonds aus dem Kreis potentieller Verursacher in gerechterer Weise das Verursacherprinzip verwirklichen.

Darüber hinaus werden wir im Rahmen des Zweiten Arbeitsmarktes zusätzliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Bereich des Umweltschutzes anbieten und dafür auch Träger wie die Hamburger Arbeits- und Beschäftigungsgesellschaft nutzen. Um nicht nur zu sanieren, sondern die Umwelt präventiv zu schützen, werden wir uns beim Bundesgesetzgeber für eine Schadstoffabgabe einsetzen, die umweltschädliche Produkte und Produktionsverfahren benachteiligt und umweltfreundliche belohnt. Damit wird auch ein Anreiz zur forcierten Umrüstung veralteter Produktionsanlagen auf den Stand der Technik erzielt.

8. Die Schönheit, die Wohn- und Lebensqualität unserer Stadt sind kostbare Güter, die wir wahren und entwickeln müssen

Hamburg bietet heute eine in der Bundesrepublik sonst kaum erreichte Lebensqualität.

Immer mehr Menschen spüren wieder die Vorteile einer lebendigen und zugleich viele Erholungsmöglichkeiten bietenden Großstadt. Das werden wir nach Kräften weiter fördern und die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um die neugewachsene Attraktion der Stadt dazu zu nutzen, Bewohner aus dem Umland für unsere Stadt zurückzugewinnen und verstärkt Touristen in die Stadt zu ziehen.

Die Attraktivität Hamburgs hängt von vielfältigen Faktoren ab: von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, von guten Umweltbedingungen, gutem und preiswertem Wohnraum, einem leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehr und dem kulturellen Angebot. In diesem Sinne haben wir stets darauf geachtet, einen Ausgleich zwischen den wirtschaftlichen Notwendigkeiten und den ökologischen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen der Stadt und ihrer Bürger zu finden.

In den nächsten Jahren werden wir:

- unsere Politik der Stadterneuerung in kleinen Schritten fortsetzen und dabei besonders benachteiligte Stadtteile (z. B. St.-Pauli-Nord, Altona-Altstadt und das Karolinentviertel) verstärkt berücksichtigen;
- dabei Selbsthilfeprojekte unterstützen und auch alternative Sanierungsträger beteiligen, um die Erhaltung billigen Wohnraums zu ermöglichen; dabei werden wir allerdings bei jedem neuen Vorhaben darauf achten, daß es uns nicht, wie im Fall Hafenstraße, gegen die Nachbarschaft und gegen die Stadt entgleiten kann;

- der Pflege und der Verbesserung der vorhandenen Wohnungen Priorität gegenüber dem Wohnungsneubau einräumen;
- die Wohnungen und Großwohnanlagen, die heute sanierungsbedürftig sind, in Zusammenarbeit mit den Betroffenen und unter Berücksichtigung von Sanierungs- und Nutzungskonzepten der Bewohner mit einem großzügigen, umfassenden Sanierungsprogramm instand setzen, ohne daß hierdurch die Belastung der Mieter in unsozialer Weise erhöht werden darf; deswegen werden wir solche Programme zugleich mit durchgreifenden Maßnahmen zur Energieeinsparung verbinden, um die Heizkosten zu senken;
- den Bestand an Sozialwohnungen bei Genossenschaften und gemeinnützigen Trägern erhalten; in diesem Zusammenhang werden wir – für Hamburg und bundesweit – auf eine Beendigung der Neue-Heimat-Misere nach unserem Lösungsmodell hinwirken;
- unsere Bemühungen um Verkehrsberuhigungen und Umweltverbesserungen konsequent fortsetzen (dies gilt insbesondere für die dicht bebauten Altbauquartiere);
- das Radwegenetz ausbauen;
- die Spitzenstellung von Hamburgs öffentlichem Nahverkehr sichern; im Interesse von Lebensqualität und Umweltschutz liegt es, den öffentlichen Nahverkehr als Alternative zum Auto noch attraktiver zu machen und den veränderten Bedingungen anzupassen; durch ein höheres Maß an Flexibilität muß die Leistungskraft des HWV gesteigert werden; dazu gehört auch eine verbesserte Fahrplangestaltung und Linienführung, die Einführung neuer kundenfreundlicher Angebote und nicht zuletzt eine Reform der Tarifstruktur; in der nächsten Legislaturperiode werden wir die Arbeiten an der U-Bahn-Linie von Barmbek nach Steilshoop und Bramfeld aufnehmen und die Kapazität des Park-and-Ride-Systems ausbauen;

- den vielen Menschen, die in ihrer Freizeit Sport treiben wollen, die Möglichkeit dazu sichern; der Sportplatz „um die Ecke“ muß bleiben; unvermeidliche Ruhestörungen müssen von den Anwohnern in Kauf genommen werden; notfalls müssen gesetzliche Regelungen Sport und Wohnen nebeneinander ermöglichen; die gute Zusammenarbeit mit der Sportselbstverwaltung werden wir pflegen;
- den Denkmalschutz intensivieren, um wertvolle Gebäude und Einrichtungen unserer Stadt zu sichern und das historisch gewachsene Gesicht Hamburgs zu pflegen.

Gesund bleiben

Hamburg hat sehr leistungsfähige Einrichtungen zur gesundheitlichen Betreuung. Sie stehen nicht nur den Bürgern, sondern auch unseren Gästen sowie den Umlandbewohnern Tag und Nacht zur Verfügung.

Wir werden auch zukünftig eine moderne medizintechnische Ausstattung dieser Einrichtungen sichern, aber zugleich die persönliche Zuwendung zu den Patienten als einen bestimmenden Faktor auch der Gesundheitspolitik verstehen.

Wir begrüßen deshalb, daß die Selbsthilfebewegung in den letzten Jahren sehr an Bedeutung gewonnen hat. Wir fördern sie als Ergänzung des allgemeinen Gesundheits- und Sozialwesens und als Hilfe zur Selbsthilfe in den Bereichen, die der etablierten Medizin weitgehend verschlossen sind.

Selbsthilfegruppen sind für viele Menschen eine Möglichkeit, Isolierung und Angst nach einem überstandenen oder bei einem noch andauernden Leiden zu überwinden. Auch künftig soll in Hamburg die Kontakt- und Informationsstelle der Selbsthilfegruppen (KISS) mit öffentlichen Mitteln gefördert werden.

Darüber hinaus wollen wir die Gesundheitsbildung durch Aktivierung der Arbeit in den Gesundheitsämtern als bürgernahes Angebot fördern. Solches Wissen schafft die Möglichkeit, durch aktives Handeln selbst für die eigene Gesundheit einzutreten.

Am Prinzip der Gemeindenähe haben wir auch die Versorgung für unsere psychisch kranken Mitbürger in den letzten Jahren orientiert. Dabei sind in verschiedenen Stadtteilen neue Einrichtungen entstanden. Wir Sozialdemokraten wollen dies auch künftig konsequent fortsetzen. Weitere Schwerpunkte der Arbeit in den kommenden Jahren werden die berufliche Bildung psychisch Kranker, ihre Rehabilitation und Wiedereingliederung in das Berufsleben sein.

Wir werden uns auch aufgrund der Erfahrungen der letzten Zeit dafür einsetzen, daß die Maßnahmen zur Qualitätssicherung ärztlicher Behandlungen sinnvoll erweitert werden.

Hamburg hat viele leistungsfähige Krankenhäuser, in denen kranke Mitbürger die notwendige medizinische Hilfe vorfinden. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Wir werden deshalb ausreichende finanzielle Mittel bereitstellen, um die Behandlungsbedingungen neuen Erkenntnissen anzupassen und Behandlungsabläufe weiter zu verbessern; dazu gehört auch die Modernisierung alter Krankenhäuser. Wir Sozialdemokraten stehen nachhaltig zu der Verpflichtung, das Krankenhauswesen als öffentliche Aufgabe zu begreifen.

9. Kriminalität bekämpfen und zugleich den Schutz der Bürgerrechte sicherstellen

In allen Großstädten gibt es tagtäglich Straftaten. Auch in Hamburg. Zwar hat die Zahl der Gewaltverbrechen bei uns im vergangenen Jahr weiter abgenommen. Aber es bleibt für die Sicherheit viel zu tun. Leistungsfähigkeit und Bürgernähe der Polizei sollen deshalb weiter verbessert werden. Dazu gehört insbesondere die erneute Steigerung der Zahl der Fußstreifenbeamten, die den Bürgern bei allen Fragen der inneren Sicherheit mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Um das Gefühl von Unsicherheit in öffentlichen Verkehrsmitteln zu beseitigen, werden in Zukunft Zugbegleiter mitfahren, die ein wachsames Auge auf das Geschehen werfen und gegebenenfalls Hilfe herbeiholen können.

Besondere Anstrengungen werden wir unternehmen

- gegen alle Formen des organisierten Verbrechen, das in Hamburg keine Chance haben darf;
- gegen die Wirtschaftskriminalität, die keine feine Kriminalität ist, sondern in hohem Maße sozialschädlich;
- gegen die Umweltkriminalität, die die Lebensgrundlagen unserer und späterer Generationen gefährdet.

Bei der Bekämpfung der Kriminalität beachten wir zugleich den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Wir werden deshalb

- Bagatelldelikte etwa von Jugendlichen mit Augenmaß verfolgen. Die gerichtliche Bestrafung soll nicht mehr der Regelfall sein. Das heißt nicht, solche Vergehen moralisch zu billigen. Aber erzieherische Maßnahmen vermögen oft mehr als Strafurteile;
- die Bedingungen in der Untersuchungshaft verbessern;

- auch weiterhin für einen humanen Strafvollzug sorgen, der durch die Resozialisierung ehemaliger Straffälliger den Rückfall verringern hilft; zur Humanisierung gehört auch die in Angriff genommene Verbesserung der medizinischen Versorgung kranker Gefangener.

Sicher sein

Für uns gilt: Nur ein Staat, der als Rechtsstaat das Verbrechen entschlossen bekämpft und dabei zugleich die Bürgerrechte wahrt und als Sozialstaat den gesellschaftlichen Bedingungen der Kriminalität entschieden entgegenwirkt, schafft wirklich innere Sicherheit.

Ein Staat hingegen, der zunehmend mehr Bürger systematisch erfaßt und speichert, der freie und mündige Bürger zu computer-gerechten Merkmalsträgern degradiert, sät Mißtrauen. Denn staatliches Mißtrauen gegenüber seinen Bürgern geht stets mit der Einschränkung bürgerlicher Freiheiten und dem Verlust an zwischenmenschlicher und gesellschaftlicher Toleranz einher. Dann leidet auch die innere Sicherheit. Denn je mehr der Staat auf diese Weise das Vertrauen und die Unterstützung seiner Bürger verliert, um so schlechter kann er seine Aufgaben auf dem Gebiet der Verbrechensbekämpfung erfüllen.

Sozialdemokraten wollen versöhnen statt spalten. Der Schutz der Freiheitsrechte und die Achtung der Menschenwürde sind zentrale Aufgaben. Wir werden daher bei allen anstehenden Gesetzgebungsvorhaben dem Datenschutz der Bürger und Arbeitnehmer ein besonderes Augenmerk widmen und die Kontrollbefugnisse des Datenschutzbeauftragten auch künftig sicherstellen.

Dabei wollen wir die Durchsichtbarkeit von Verwaltungsabläu-

9

Innere Sicherheit

Neue Regeln

Die notwendige Neuregelung des Polizeirechts in Hamburg wird im Gegensatz zu den neuen Bonner Sicherheitsgesetzen klare, rechtsstaatlich beschriebene und auf unabdingbare Sicherheitsbedürfnisse beschränkte Befugnisse für die Behörden festlegen. Statt ausufernder Überwachungspraxis wird es in Hamburg eher eine kritische Prüfung polizeilicher Dateien auf ihre Notwendigkeit hin geben. Wir werden die verfassungsrechtlich gebotene strikte Trennung von Polizei und Geheimdiensten sowohl hinsichtlich ihrer Zusammenarbeit als auch hinsichtlich ihrer Arbeitsweisen aufrechterhalten. Dem Bonner Weg, der die Grenzen verschwimmen läßt, folgen wir nicht. Wir lehnen deshalb die Einführung eines maschinenlesbaren Personalausweises ab. In Hamburg werden wir von uns aus Geräte zur Erfassung des maschinenlesbaren Personalausweises nicht einführen. Unsere Gesetzgebung wird rechtsstaatlich gesicherte und wirksame Vorsorge gegen Schwerstkriminalität ermöglichen, aber eine vorbeugende Verbrechensbekämpfung, die allein zur vorbeugenden polizeilichen Erfassung vieler, auch unbescholtener Bürger führt, benötigen wir nicht. Sie bringt keinen Sicherheitsgewinn, brächte uns aber dem „gläsernen Menschen“ ein Stück näher.

10. Hamburg braucht eine zugleich effektive und liberale Verwaltung

Eine wirksame, bürgernahe Verwaltung, die mit kurzen Wegen arbeitet und die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger aufnimmt, gehört zu den wichtigsten Vorzügen einer Großstadt. Zugleich muß darauf geachtet werden, daß jede Leistung zu möglichst geringen Kosten erfolgt. Hamburg hat auf diesem Weg schon gute Erfolge erzielt.

Wir werden

- die Bürgernähe und Bürgerfreundlichkeit der Behörden weiter verstärken; die Verwaltung hat den Bürgern zu dienen und nicht umgekehrt;
- uns Bestrebungen entgegenstellen, durch überflüssige Gesetzesänderungen die Befugnisse staatlicher Organe gegenüber den Bürgern noch zu verstärken; die gegenwärtige Bundesregierung ist hier schon jetzt an vielen Stellen zu weit gegangen; sie nimmt die Freiheit des mündigen Bürgers nicht ernst genug und gefährdet damit die Liberalität in unserem Land.

In der vor uns liegenden Legislaturperiode wollen wir unsere Überlegungen zur Verwaltungsreform und zur Vereinfachung in Hamburg abschließen. Unser Ziel ist es, Doppelzuständigkeiten und Aufgabenüberschneidungen abzubauen und dabei Bürgernähe und Eigenverantwortlichkeit der Verwaltung zu stärken. In diesem Sinne sollen die Entscheidungsabläufe zwischen der Verwaltung und Beratung vor Ort, die heute von Bezirksämtern und Bezirksverwaltungen sowie Ortsämtern und Ortsausschüssen wahrgenommen werden, und der Senats- und Bürgerschaftsebene weiter verbessert werden. Die veränderte Lage der Stadt zwingt auch hier zu neuem Nachdenken, wie der Notwendigkeit einer zugleich bürgernahen und kostengünstigen, zügigen Verwaltung noch stärker entsprochen werden kann.

Dabei wollen wir die Durchschaubarkeit von Verwaltungsabläu-

fen und Verwaltungsentscheidungen erhöhen und mehr Sprechstunden für die Bürger ermöglichen.

Der technologische Wandel insbesondere auf dem Bürosektor muß auch in der Verwaltung der Stadt umgesetzt werden. Dabei müssen die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst und deren Arbeitsschutzrechte berücksichtigt werden. Das Hamburgische Personalvertretungsgesetz werden wir novellieren, sobald die schwebenden verfassungsgerichtlichen Verfahren beendet sind und ausgewertet werden können.

In der vor uns liegenden Legislaturperiode wollen wir unsere Überlegungen zur Verwaltungsreform und zur Verwaltungseinführung in Hamburg abschließen. Unser Ziel ist es, Doppelzuständigkeiten und Aufgabenüberschneidungen abzubauen und dabei Bürgernähe und Eigenverantwortlichkeit der Verwaltung zu stärken. In diesem Sinne sollen die Entscheidungsabläufe zwischen der Verwaltung und Beratung vor Ort, die heute von Bezirksräten und Bezirksverwaltungen sowie Ortsämtern und Ortschaftsräten wahrgenommen werden, und der Stadt- und Bürgerschaftsebene weiter verbessert werden. Die derzeitige Lage der Stadt zwingt auch hier zu neuen Maßstäben, wie der Notwendigkeit einer zugleich bürgernäher und kostengünstiger, zügiger Verwaltung noch stärker entschieden werden kann.

Dabei wollen wir die Durchsichtbarkeit von Verwaltungsfällen

11. Die Politik konsequenter Sparsamkeit fortsetzen

In den vergangenen 4 Jahren haben Senat und Bürgerschaft große Anstrengungen unternommen, um den Hamburger Haushalt zu konsolidieren. Dies geschah, indem wir ein vernünftiges, modernes Haushaltssystem einführten und dazu in fast allen Bereichen – bei den Personal- wie bei den Sachausgaben und bei den Investitionen – hart gespart haben. Für viele war dies schmerzhaft. Und wir wissen, daß in einigen Bereichen die Sparanstrengungen auch an die Substanz gegangen sind.

Das war besonders bitter, weil noch 1985 Hamburger Bürgerinnen und Bürger – trotz hoher Arbeitslosigkeit und wachsender Sozialhilfeleistungen – wiederum den mit Abstand höchsten Betrag pro Einwohner in den Länderfinanzausgleich gezahlt haben. Diese Belastung ist Hamburg nicht länger zuzumuten. Sie bedroht die Existenzfähigkeit unserer Stadt. Deshalb hat der Senat – mit Erfolg – vor dem Bundesverfassungsgericht geklagt. Hamburg erhebt Anspruch auf eine stadtstaatengerechte Finanzausstattung im Rahmen des Länderfinanzausgleichs.

Zwar wird in jedem Fall der öffentliche Haushalt noch über Jahrzehnte durch hohe Zinsen belastet. Aber unsere Konsolidierungsbemühungen hatten Erfolg. Der Anstieg der Belastungen ist gebremst worden. Die Fortsetzung unserer Politik konsequenter Sparsamkeit ist dennoch notwendig, weil sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch die Betriebe unserer Stadt ein Recht darauf haben, daß die Last der Gebühren und städtischen Steuern in vertretbaren Grenzen gehalten werden. Da Hamburg derzeit nur über geringe Möglichkeiten verfügt, seine Einnahmen aus eigenen Steuern zu erhöhen, da zudem die Möglichkeiten der Kreditaufnahme begrenzt sind, werden sich auch in den nächsten Jahren erhebliche Sparzwänge ergeben. Dabei wird Hamburg aber nicht die Politik der konservativen Bundesregierung übernehmen und die Gesichtspunkte der sozialen Gerechtigkeit und des Arbeitsmarktes hintanstellen.

Hamburg fordert – gemeinsam mit vielen anderen Städten und Gemeinden und den Gewerkschaften – eine durchgreifende

11

Sparsamkeit

Verbesserung der kommunalen Finanzen, die die Städte in die Lage versetzt, ihren Aufgaben im Bildungs- und Sozialbereich wie in der Umweltpolitik usw. voll gerecht zu werden.

Solange diese Forderungen nicht realisiert sind, wird Hamburg sich aufgrund seiner beschränkten Finanzausstattung weiteren Sparmaßnahmen nicht entziehen können. Dies verlangt den weiterhin konsequent sparsamen und wirtschaftlichen Umgang mit öffentlichen Mitteln und das Setzen von Prioritäten (Umweltschutz, Ausbildungs- und Arbeitsplätze), auch um Personaleinsparungen im Öffentlichen Dienst zu begrenzen.

12. Mit den Nachbarn zusammenarbeiten

Die Zukunft unserer Stadt hängt nicht allein von uns ab. Wir brauchen eine möglichst enge, gute Zusammenarbeit mit den Nachbarländern, mit dem Bund und mit der Europäischen Gemeinschaft.

Auf allen diesen Ebenen haben wir deshalb in den vergangenen Jahren unsere Anstrengungen zugunsten einer engeren Kooperation außerordentlich verstärkt.

Mit den anderen norddeutschen Bundesländern haben wir – über alle Parteigrenzen hinweg – die Konferenz Norddeutschland gebildet, auf der Fragen des gemeinsamen Interesses besprochen und entschieden werden. So wird z. B. eine Bewältigung der Schiffbau- und Schifffahrtskrise nur durch ein gemeinsames Vorgehen der Unternehmen des Bundes und der Länder in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften möglich sein. Mit Schleswig-Holstein haben wir darüber hinaus eine Rahmenvereinbarung getroffen, die im Wege eines gerechten Gebens und Nehmens zu einem wechselseitigen Ausgleich der Interessen geführt hat.

Diesen Weg wollen wir verstärkt fortsetzen. Wir werden deshalb der schleswig-holsteinischen Landesregierung vorschlagen, in bestimmten Fragen (z. B. Tourismuswerbung) gemeinsame Arbeitsausschüsse zu bilden.

Um die negativen Wirkungen des „Bürgermeister-Wettbewerbs“ zu vermindern, wird Hamburg sich auf norddeutscher Ebene für eine bessere Abstimmung der Wirtschaftsförderung einsetzen.

Frieden

Unser Volk braucht inneren und äußeren Frieden

Die Rechte der deutschen Arbeitnehmer dürfen nicht dem international verschärften Wettbewerb geopfert werden.

Die Entwicklung von Wissenschaft und Technik und die von ihr im wesentlichen verursachte internationale Verflechtung und Wettbewerbsverschärfung beeinflusst nicht nur Zahl und Standort der Arbeits- und Ausbildungsplätze, sondern auch deren Qualität.

Heimarbeit statt Betriebsarbeit, Schicht- und Wochenendarbeit statt familiengerechter Arbeitszeiten, die Auflösung größerer Betriebseinheiten mit Betriebsräten und Mitbestimmung zugunsten kleiner Einheiten, in denen die Organisation der Arbeitnehmer und die Wahrung ihrer Interessen zwangsläufig erschwert werden: dies alles sind keine Bagatellfragen und keine Nebenthemen unserer politischen und gesellschaftlichen Entwicklung. Sie werden uns in den kommenden Jahren intensiv zu beschäftigen haben.

Sozialer Frieden

Deswegen treten Sozialdemokraten dafür ein, daß auf Bundesebene und auf europäischer Ebene gesetzgebende Schritte getan werden, um soziale Errungenschaften zu bewahren und auszubauen.

Deswegen treten wir Sozialdemokraten auch dafür ein, daß das Streikrecht der Gewerkschaften unangetastet bleibt und die betriebliche Mitbestimmung gesichert und ausgebaut wird.

Ausländer bei uns

Die Qualität einer demokratischen Gesellschaft erweist sich wesentlich darin, wie die Mehrheit der Bevölkerung mit Minderheiten umgeht. Es hat in Hamburg in den letzten Monaten schlimme Gewalttaten gegenüber ausländischen Bürgerinnen und Bürgern gegeben. Das können wir nicht akzeptieren. Deshalb werden wir alle Anstrengungen unternehmen, um das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern zu fördern. Hierzu sind folgende zusätzliche Maßnahmen ins Auge gefaßt:

- ausländische Mitbürger sollen intensiver über ihre Rechte und die Leistungen der Stadt unterrichtet werden;
- im Bereich von Freizeit und Begegnung werden zusätzliche sozialbetreuerische Angebote gemacht;
- in publikumsintensiven Dienststellen und Leistungsbereichen der Verwaltung sollen verstärkt ausländische Mitarbeiter eingesetzt werden, um sprachliche Barrieren zu überwinden;
- im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme bei staatlichen Dienststellen werden etwa 25 ausländische Bürger berufsbegleitend zu Sozialberatern fortgebildet;
- wir werden uns zusammen mit anderen Bundesländern bemühen, die Voraussetzungen für die Einbürgerung zu erleichtern;
- wir werden die Teilhabe ausländischer Mitbürger an der politisch-administrativen Willensbildung deutlich verbessern. Deshalb werden wir in der nächsten Legislaturperiode das kommunale Wahlrecht für Ausländer zu den Bezirksversammlungen einführen.

Auch homosexuelle Mitbürger sind immer noch gesellschaftlicher Diskriminierung ausgesetzt. Sozialdemokraten werden sich auch in Zukunft für die Rechte dieser Minderheit einsetzen.

Frieden

Hilfe zur Selbsthilfe

Angesichts des wachsenden internationalen Nord-Süd-Gegensatzes und der Armut und Unterdrückung der Menschen in der Dritten Welt sind auch die Bundesländer aufgerufen, einen Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit zu leisten. Hamburg tut dies seit längerem im Ausbildungsbereich und neuerdings durch Förderung der entwicklungspolitischen Projektarbeit. Diese darf sich nicht an den kurzfristigen Wirtschaftsinteressen orientieren. Sie geht vielmehr davon aus, daß eine an den Bedürfnissen der Partner orientierte Hilfe zur Selbsthilfe aus ökologischen, friedenspolitischen und wirtschaftlichen Gründen langfristig auch im Interesse der Hamburger Bevölkerung liegt.

Entwicklungshilfe ist in erster Linie Aufgabe des Bundes und der Beitrag Hamburgs kann falsche Strategien dort kaum korrigieren beziehungsweise ihnen nur in wenigen Bereichen entgegenwirken. Der vorhandene Spielraum muß aber genutzt werden. Hamburg hat insbesondere die Möglichkeit, mit Interessierten eng zusammenzuarbeiten und das entwicklungspolitische Engagement seiner Bürger zu unterstützen. Dabei besteht die Chance, am Beispiel der eigenen Projektarbeit die Entwicklungspolitik verstärkt in die schulische und außerschulische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit einzubeziehen und dadurch das Verständnis für Möglichkeiten und Probleme der Entwicklungspolitik in Hamburg zu fördern.

Die vorhandenen Ansätze zur entwicklungspolitischen Projektarbeit wie z. B. in Botswana und Nicaragua sollen verstärkt und ausgeweitet werden. Schwerpunkt wird dabei auch die Unterstützung von Projekten sein, welche die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeiten der Ärmsten beseitigen sollen.

Der Friede wird nicht allein durch die Fähigkeit zur Verteidigung gesichert: Nur internationale Gerechtigkeit, Verständigung und Entspannungspolitik sichern den Weltfrieden dauerhaft. Hamburg wird sich deshalb – im Rahmen seiner bescheidenen Möglichkeiten – weiterhin für Frieden und internationale Verständigung aktiv einsetzen. Im übrigen wird Hamburg sich im Bundesrat gegen ein neues Zivilschutzgesetz aussprechen.

Entscheiden Sie

Entscheiden Sie

Wir Sozialdemokraten laden Sie, die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt – auch wenn Sie jetzt noch anderen Parteien zuneigen – zur Zusammenarbeit und zu einer gemeinsamen Suche nach der besten Zukunft für Hamburg ein.

Wir stellen uns einer Politik entgegen, die ausgrenzt statt zu integrieren, die spaltet statt zu versöhnen.

Denn vor uns liegen noch schwierige Jahre. Wir werden sie nur erfolgreich bestehen, wenn wir uns auf die Tugend der Solidarität besinnen und nicht das Recht des Stärkeren zum Zuge kommen lassen.

Hamburg ist in den letzten Jahren mit einer klaren Mehrheit für die Sozialdemokraten gut gefahren. Helfen Sie mit, daß Bürgermeister Klaus von Dohnanyi und die Hamburger SPD weiterhin klaren Kurs halten können.

Hamburg kann weder unklare Verhältnisse gebrauchen, noch den Wechsel zu einer anmaßenden Wende nach rückwärts, die in Bonn so viel Schaden für unser Land und seine Menschen anrichtet.

Hamburg ist wieder auf dem Weg nach vorn.

Arbeitsprogramm für die 12. Legislatur- periode der Hamburgischen Bürgerschaft

Vorbemerkung

Dieses Arbeitsprogramm hat die Kritik der Hamburger Wähler, die im Wahlergebnis vom 9. November 1986 zum Ausdruck gekommen ist, aufgegriffen und in eine erneuerte Politik für Hamburg umgesetzt. In der 12. Legislaturperiode der Hamburger Bürgerschaft konnte das Programm nicht verwirklicht werden, weil weder CDU noch GAL bereit waren, mit verlässlichen parlamentarischen Mehrheiten die Grundlage für die Durchführung des Programms zu schaffen oder auch nur den Haushalt 1987 zu verabschieden, damit wenigstens ein Anfang gemacht werden könnte.

Hamburgs Sozialdemokraten halten an diesem Programm fest als Angebot und Maßstab für die Erneuerung der hamburgischen Politik, zugleich als Angebot an die Hamburger Wähler, sich zu entscheiden zwischen dem Weg schrittweiser Reformen für mehr Lebensqualität und sozialer Gerechtigkeit oder dem unsozialen „Weiter so“-Modell nach Bonner Muster.

I. Zur Lage der Stadt nach den Bürgerschaftswahlen vom 9. November 1986

Die Bürgerschaftswahl am 9. November 1986 hat keine klaren Mehrheitsverhältnisse gebracht. Betrachtet man jedoch die Wahlprogramme der Parteien, die Stimmabgabe und die Sitzverteilung in der Bürgerschaft, so zeigt sich, daß es für eine große Zahl von zentralen politischen Zielen und Vorhaben breite Mehrheiten in der Bevölkerung gibt und deshalb auch in der Bürgerschaft geben sollte.

Die SPD hat als Regierungspartei und als einzige der in der Bürgerschaft vertretenen Parteien massiv Stimmen verloren. Obwohl hierzu sicher auch Entwicklungen außerhalb Hamburgs maßgeblich beigetragen haben, drückt sich im Wahlergebnis der SPD auch Kritik an der konkreten Hamburger Regierungspolitik und den sie tragenden hamburgischen Sozialdemokraten aus.

In wichtigen Fragen hat es offenbar Entscheidungen und Entwicklungen in der Stadt gegeben, die viele Hamburger Wählerinnen und Wähler mißbilligten. Hier sind Veränderungen erforderlich. Der Senat und die Hamburger Sozialdemokraten sind hierzu bereit. An einem Wettlauf der populistischen Bequemlichkeiten werden sie sich allerdings nicht beteiligen. Deswegen muß zum Beispiel die Ansiedlungsentscheidung für IKEA aufrechterhalten bleiben.

Einige Bereiche, in denen die Politik korrigiert werden muß und wir Lehren ziehen, seien hier vorab genannt:

- a) Der konsequent sparsame Umgang mit öffentlichen Mitteln bleibt unerlässlich. Angesichts der Finanzlage unserer Stadt sind Einsparungen auch in Zukunft unvermeidlich. Aber sie werden klarer, verständlicher und in der Sache differenzierter vorgenommen werden müssen. Im Hinblick auf einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst müssen noch stärker Strukturmaßnahmen an die Stelle flächendeckender Einspa-

rungen treten. Nur so kann auch die Fürsorgepflicht des Staates gegenüber seinen Mitarbeitern erfüllt werden.

b) Die Entscheidungen im Bereich der Kindertagesheime werden zurückgenommen.

c) Vorgänge im Bereich der Inneren Sicherheit, insbesondere die wachsende Zahl von Eigentumsdelikten, haben die Bürger unserer Stadt zumal im letzten Jahr beunruhigt und verunsichert. Der Senat hat die Sorgen und Ängste der Bürger ernstgenommen und im August 1986 in einer ersten Reaktion in seiner Mitteilung an die Bürgerschaft ein breites Maßnahmenbündel zur Verbesserung der objektiven und subjektiven Sicherheitslage unserer Stadt vorgeschlagen.

Einzelne Ereignisse – wie die Einschließung auf dem Heiligegeistfeld – hatten aber auch Zweifel an einem liberalen und rechtsstaatlichen Vorgehen der Polizei geweckt. Die Fehler wurden erkannt und werden sich nicht wiederholen. Die von Senat und Bürgerschaft beschlossenen Maßnahmen, Gespräche im Vorfeld von Demonstrationen und Aspekte der Ausbildung der Polizei, sind Instrumente, um der Gefahr des Vertrauensverlustes in diesem Feld zu begegnen.

Konsequenz im Schutz vor Kriminalität und in der strikten Wahrung von Menschen- und Bürgerrechten sind immer wieder sichtbar miteinander zu verbinden. Das in der Bürgerschaft mit großer Mehrheit beschlossene Maßnahmenbündel soll Grundlage der Politik der Inneren Sicherheit bleiben.

Der gesellschaftliche Grundkonsens über die Ablehnung von Gewalt bei der Durchsetzung politischer Ziele muß gewahrt bzw. wieder hergestellt werden.

d) Die durch den Mißbrauch von Mietverträgen und selbstge-rechte Gewaltkriminalität, aber auch durch soziale Isolierung und Perspektivlosigkeit in der Hafenstraße entstandene Situation empfinden die Bürger zu Recht als unerträgliche Verhöhnung des Rechtsstaates. Für andere Bürger ist die Hafenstraße zum Symbol alternativer Wohnformen und des

Umganges mit Minderheiten geworden. Ziel muß sein, diesen Konflikt so zu lösen, daß der Rechtsstaat dort ebenso eindeutig gewährleistet wird, wie die Chance alternativen Wohnens in den nicht zum Abriß bestimmten Häusern mit Bewohnern, die den Rechtsstaat und das Gewaltmonopol des Staates akzeptieren.

- e) Deutlich gewordene kommunale Ärgernisse (z. B. bei der Stadtreinigung, beim Winterdienst und bei den öffentlichen Toiletten) werden beseitigt.
- f) Die Vorgänge um die Neue Heimat haben insbesondere die betroffenen Mieter in Hamburg beunruhigt. Deshalb wird Hamburg alles tun, um zur Sicherheit der Mieter noch in diesem Jahr eine Regionallösung mit den Banken und Gewerkschaften herbeizuführen.
- g) Um gegenüber der Hamburger Bevölkerung glaubhaft zu belegen, daß bei der Vergabe von Führungsaufgaben im öffentlichen Bereich allein die Qualifikation zählt, werden alle Entscheidungsvorgänge transparent organisiert.
- h) Wegen der schwierigen, in erster Linie durch einen für Hamburg ungerechten und untragbaren Länderfinanzausgleich entstandenen Finanzlage mußten städtische Steuern und Gebühren in den letzten Jahren deutlich angehoben werden, um die Kostendeckung zu sichern oder zu erhöhen. Anstrengungen zur Absenkung der Kosten müssen deshalb mit dem Ziel verstärkt werden, bei angemessener Kostendeckung die Belastung der Bürger wieder zu verringern. Das bedeutet: Vorrang für die Absenkung der Kosten unter Berücksichtigung sozialer Gerechtigkeit, mehr Transparenz der Kostenentwicklung und rechtliche und betriebswirtschaftliche Ausgliederung betrieblicher Einheiten wie z. B. die Stadtreinigung und die Stadtentwässerung als Eigenbetriebe, damit für den Bürger deutlicher wird, welche Leistungen für die gezahlten Gebühren erbracht werden.
- i) Um keine falschen Erwartungen zu wecken, wird auch sorgfältiger darauf zu achten sein, bei allen politischen Initiativen nicht nur in den Beschlüssen, sondern auch in der

Öffentlichkeitsarbeit die selbständigen Handlungsmöglichkeiten Hamburgs zu verdeutlichen und klarzumachen, wo Hamburger Politik allein eine Entscheidung nicht herbeiführen kann. Dies gilt zum Beispiel für den Ausstieg aus der Kernenergie.

Die hier genannten Aufgabenfelder haben die Menschen in der Stadt und im Bürgerschaftswahlkampf bewegt. Sie beschreiben nur einen Teil der Aufgaben dieser Legislaturperiode.

Die Hamburger Politik wird auch in den kommenden Jahren vorrangig von den folgenden politischen Herausforderungen bestimmt sein:

1. Schaffung neuer Arbeitsplätze und Bekämpfung der strukturellen Massenarbeitslosigkeit unter den Bedingungen eines sich auch dadurch verschärfenden Standortwettbewerbs der Großstadtregionen.
2. Sicherung eines qualifizierten und ausreichenden Angebotes von Ausbildungs- und Weiterbildungsplätzen angesichts beschleunigter Veränderungen in den beruflichen Anforderungen.
3. Sicherung und Ausbau sozialer Gerechtigkeit angesichts einer immer deutlicher werdenden Zweidrittel-Gesellschaft.
4. Vermeidung und Beseitigung von Umweltschäden und konsequente Vorbereitung einer Energieversorgung ohne Kernenergie angesichts nicht mehr zu verantwortender Risiken.
5. Wahrung der inneren Sicherheit auf einem liberalen Fundament angesichts wachsender gesellschaftlicher und politischer Konflikte in der Gesellschaft.
6. Förderung der Gleichberechtigung angesichts einer verschlechterten Arbeitsplatzsituation für Frauen.

7. Ausbau der Lebensqualität und kulturelle Entfaltung Hamburgs auch angesichts knapper werdender finanzieller Ressourcen und eines wachsenden Angebotes anderer Großstädte.
8. Fortführung einer Konsolidierung der öffentlichen Finanzen angesichts der Entwicklung der Zinsbelastung. Sicherung eines gerechten Finanzausgleichs für die Stadtstaaten trotz des Übergewichts der Flächenstaaten im Bundestag und Bundesrat.

Diese Aufgaben wären eine große Herausforderung auch für jede Hamburger Regierung mit klaren Parlamentsmehrheiten. Wahlkampf, Wahlergebnis und Beschlüsse nach der Bürgerschaftswahl ermöglichen aber heute keine solche Regierungsbildung. Bei dieser Situation muß schon nach der Verfassung der gewählte Senat in der Verantwortung bleiben, bis ein anderer Senat gewählt werden kann.

Die Antwort auf das Wahlergebnis muß daher eine in sich schlüssige Politik sein, für die in der Bürgerschaft berechenbare Mehrheiten gefunden werden müssen. Dazu muß ein in sich zusammenhängender, sachlicher Rahmen für die Hamburger Politik formuliert werden. Dem dient das Arbeitsprogramm.

Senat und Sozialdemokraten werden, wo dies notwendig ist, ihre Arbeitspraxis korrigieren. Die unveränderte Fortführung der bisherigen Politik ist schon angesichts der Mehrheitslage nicht möglich. Die Hamburger Wähler haben sich allerdings auch gegen eine Wende nach Bonner Muster ausgesprochen.

Bereitschaft zur Selbstprüfung und zum Kompromiß in der Sache ist deswegen auch von den anderen in der Bürgerschaft vertretenen Parteien gefordert. In dieser Situation sind alle politischen Kräfte aufeinander angewiesen. Es kann weder SPD-Politik noch CDU-Politik noch GAL-Politik „pur“ geben. Und auch Neuwahlen wären eine vorschnelle Antwort auf ein zwar schwieriges, aber demokratisches Wahlergebnis.

Um Kontinuität, Korrekturen und neue Ansätze in der Hamburger Politik sinnvoll miteinander zu verbinden, sollte der bereits vorliegende Haushaltsentwurf 1987 mit dem hier vorgelegten Arbeitsprogramm in der Bürgerschaft gemeinsam beraten werden, so daß sich aus den Beratungen zum Arbeitsprogramm dann auch die mehrheitlich als notwendig erkannten Änderungen für den Haushaltsentwurf 1987 ergeben würden.

Das Arbeitsprogramm ist – anknüpfend an die republikanische Tradition Hamburgs – darauf ausgerichtet, unsere Stadt gleichermaßen wirtschaftlich, ökologisch und sozial wie auch als Ort der Bildung, der Wissenschaft und der Kultur zu festigen und zu entwickeln.

Dazu müssen auch neue Akzente gesetzt werden.

Dies gilt unter anderem für die nachfolgenden Aufgabengebiete:

- a) Angesichts des beschleunigten Strukturwandels müssen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserer Stadt ein qualifiziertes und zukunftssicherndes Aus- und Fortbildungsangebot erhalten. Eine Ausbildungs- und Qualifikationsoffensive (Schule, Berufsbildung, Hochschule und Weiterbildung) muß gemeinsam von öffentlichen Einrichtungen und privater Wirtschaft organisiert werden.
- b) Die wachsende Bedeutung von Wissenschaft und Technik und die absehbar rückläufigen Studentenzahlen bedeuten für die Hochschulen eine qualitativ neue Lage und verschärfen den Wettbewerb untereinander. In der Hochschulpolitik muß daher entsprechend umgesteuert werden. Dabei sind auch neue Schwerpunkte im Bereich der Forschung, insbesondere im naturwissenschaftlichen Bereich zu bilden. Andererseits dürfen die gegenwärtigen Probleme der Belastung durch große Studentenzahlen nicht vernachlässigt werden.

- c) Der Medienstandort Hamburg muß auf die erwartete Entwicklung der kommenden Jahre eingestellt werden. Hierzu sind sowohl die Sicherung und weitere Entwicklung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks als auch die Entwicklung der Neuen Medien und eine nachhaltige Stärkung der Filmförderung erforderlich. Medien- und Filmpolitik sollten möglichst in Zusammenarbeit mit den anderen norddeutschen Ländern abgesichert werden. Dies gilt insbesondere für die Erhaltung des NDR.
- d) Selbsthilfegruppen, selbstverwaltete Betriebe und soziale Initiativen haben auch in Hamburg Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen, die zahlenmäßig nicht mehr ganz unbeachtlich sind. Örtliche Beschäftigungsinitiativen brauchen oft Beratungsdienste zur Lösung ihrer finanztechnischen und betriebswirtschaftlichen Probleme, vor allem in der Anlaufphase. Beratungsdienste sowie Kapitalhilfen für solche Projekte mit Arbeitsplätzen für die Zukunft in Eigenverantwortung sollen verstärkt werden.
- e) Bei der Stadterneuerung sollen, wie im Ansatz schon wiederholt erfolgreich angepackt (z. B. Schröder-Stift, Vorwerkstift, Schmilinskystraße u.a.m.), verstärkt solche Projekte gefördert werden, die eigene Arbeitsleistungen im baulichen Bereich mit Hilfe zur Selbsthilfe im sozialen Bereich miteinander koppeln. Dazu werden geeignete alternative Sanierungsträger entsprechend dem Städtebauförderungsgesetz anerkannt und finanziert. Während der Sanierungsphase sollen sie das jeweilige Projekt treuhänderisch verwalten und gegebenenfalls übernehmen sowie die baufachliche und sozialpädagogische Betreuung sichern.

Dieser integrierte Ansatz verknüpft wohnungs-, sozial- und arbeitsmarktpolitische Ziele:

- preiswerter Wohnraum wird erhalten und geschaffen,
- neue, selbstbestimmte Wohn- und Lebensformen werden unterstützt,

– der beschäftigungsintensive Stadterneuerungsbereich wird für Problemgruppen des Arbeitsmarktes erschlossen.

- f) Hamburgs Attraktivität muß weiter verbessert werden. Hierzu muß Hamburg auch seine einzigartige Wasserlage für den Fremdenverkehr stärker einbringen. Eine Erschließung des nördlichen Elbufers von den Landungsbrücken bis Neumühlen für Fremdenverkehr, Kultur, Wohnen und Gewerbe würde dem dienen. Zugleich ist ein Konzept zu entwickeln, das eine Erneuerung der Reeperbahn beinhaltet und Nutzung des Operettenhauses, wie sie heute mit dem Musical CATS erfolgt, einbezieht.
- g) In Hamburg ist auf dem Sektor der bildenden Kunst eine Lücke entstanden. Hier muß – neben einer Verstärkung der Künstlerförderung und einer Aufstockung der Anschaffungsmittel der Kunstmuseen – insbesondere zusätzlicher Ausstellungsraum für große Sonderausstellungen und für eine Sammlung zeitgenössischer bildender Kunst geschaffen werden. Die Grundsatzentscheidung für den Ausbau der Museumsinsel wird umgehend konkretisiert und realisiert. Zugleich muß endgültig über die Ausgestaltung des Museums der Arbeit entschieden werden.
- h) In der Entsorgungslage (Müll, Hafenschlick usw.) sind wesentliche Weichenstellungen gemeinsam mit den Nachbarländern zu treffen. Dies gilt insbesondere für die Erarbeitung eines gemeinsamen Konzeptes für Verbrennungsanlagen (einschließlich Hochtemperaturverbrennungsanlagen) im Bereich des Sonderabfalls und für die Beteiligung Hamburgs an Sonderdeponien in Niedersachsen und Schleswig-Holstein.
- i) Es muß zügig entschieden werden, ob Hamburg bei der bisherigen Deichhöhe bleiben kann und wie die Frage eines Sperrwerkes in der Elbe zu beurteilen ist.

- j) Die konsequente Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bremen zur Wahrung gemeinsamer Interessen Norddeutschlands (z. B. Olympische Spiele, Brüssel-Büro, Tourismus) muß eine neue Qualität erreichen.

Bei einigen Aufgaben, die die Beziehungen zum Umland und zum Bund berühren, und zu deren Lösung es gemeinsamer Anstrengungen bedarf, tragen alle Parteien der Bürgerschaft eine besondere Verantwortung zur Wahrung Hamburger Interessen.

Zu diesen Aufgaben gehören u. a.:

- eine Vereinbarung zum Länderfinanzausgleich und zur Lohnsteuererlegung, die Hamburgs wirtschaftlicher und finanzieller Lage endlich gerecht wird;
- eine Korrektur der Zonenrandförderung, die verhindert, daß dem Stadtstaat Hamburg durch eine nicht mehr gerechtfertigte Förderung des Umlandes in volkswirtschaftlich sinnloser Weise Arbeitsplätze und Steuereinnahmen entzogen werden;
- eine Steuerreform, die Ländern und Gemeinden die notwendigen Finanzmittel zur Bewältigung ihrer Aufgaben zuweist;
- die verstärkte Vergabe von Forschungs- und Entwicklungsinvestitionen des Bundes in den Norden;
- der Ausbau einer Zusammenarbeit der norddeutschen Länder, insbesondere zur Sicherung einer verlässlichen Ver- und Entsorgung;
- eine abgestimmte Medienpolitik, die die Erhaltung des NDR als Drei-Länder-Anstalt zum zentralen Ausgangspunkt hat;

- eine aktive Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit durch bundesweite Schritte zur Arbeitszeitverkürzung, die von den Tarifparteien sowie durch eine neue Arbeitszeitordnung geregelt werden muß, zur arbeitsplatzschaffenden Investitionstätigkeit durch ein Sondervermögen „Arbeit und Umwelt“ und zur Novellierung des Arbeitsförderungs-gesetzes;
- eine Umstrukturierung unserer Energieversorgung, die den Ausstieg aus der Kernenergie innerhalb von 10 Jahren möglich macht; dazu müssen das Atomgesetz und das Energie-wirtschaftsgesetz geändert werden;
- zügige Verhandlungen mit der DDR und CSSR über die Reini-gung der Elbe;
- eine an den Gesamtinteressen der Bundesrepublik und der EG orientierte langfristige Konzeption für den deutschen Schiffbau und die deutsche Handelsschifffahrt.

Auf diesem Hintergrund der Korrekturen bisheriger Senatspoli-tik, neue Akzente und notwendiger hanseatischer Gemeinsam-keit sind die Empfehlungen des nachfolgenden Arbeitspro-gramms zu verstehen.

II. Handlungskonzept

1. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Bundesweit günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Arbeitszeitverkürzungen, öffentliche und regional gezielte Investitionsprogramme, eine sinnvolle, sozial gerechte Steuerreform und der Ausbau der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (Zweiter Arbeitsmarkt) könnten auch in unserer Stadt die Arbeitslosigkeit entscheidend abbauen. Darüber hinaus hat Hamburg aber auch eine eigene Arbeitsmarktverantwortung.

In diesem Rahmen muß die Standortpolitik für die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Hamburgs fortgeführt werden.

Eine große Zahl der hierfür erforderlichen Maßnahmen wurde im Senatsbeschluß vom September 1984 (Drucksache Nr. 1000/84) festgelegt. Dieser Senatsbeschluß wird der Bürgerschaft im Berichtsstand vom 28. Oktober 1986 zugeleitet mit der Bitte, die dort aufgeführten Maßnahmen zu beraten und eventuelle Ergänzungen für die Haushaltsbeschlüsse im April 1987 einzubringen.

Im einzelnen sind zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Hamburg u. a. die folgenden Entscheidungen bzw. Maßnahmen vordringlich:

- a) Fortsetzung und Erweiterung der Maßnahmen zur strukturellen Sicherung gefährdeter Branchen; Pflege, Sicherung, Umstrukturierung und Erweiterung bestehender Betriebe; Förderung der Gründung und Ansiedlung neuer Betriebe; Verhinderung von Betriebsabwanderungen.*

Dies bedeutet für wichtige strukturgefährdete Branchen u. a.: Die Bundesregierung muß endlich die Frage beantworten, welche Schiffbau- und Schifffahrtskapazitäten für die Bundesrepublik und die EG angemessen und notwendig sind.

Aus diesem Konzept müssen sich folgende Punkte ergeben:

- Erhaltung der notwendigen Werftkapazitäten und Dimensionierung eines dafür notwendigen Werfthilfeprogramms.*
- Konzept für eine offene Subventionierung solcher Kostendifferenzen, die heute zur Ausflagging deutscher Handelsschiffe führen und damit zu einer Ausblutung der deutschen Handelsschifffahrt und einer Gefährdung der Versorgungswege.*
- Beseitigung von steuerlichen Nachteilen der deutschen Reedereien im internationalen Vergleich.*

Für die Pflege, Sicherung, Umstrukturierung und Erweiterung bestehender Betriebe ist u. a. erforderlich:

- Stärkung des Bewußtseins der Verwaltung, sich auch als Dienstleistungsbetrieb für die Erhaltung und Entwicklung der örtlichen Wirtschaft zu verstehen. Hierfür werden besondere Schulungen der Verwaltung zum Verständnis von Wirtschaftsaufgaben erfolgen. Die Kontakte zwischen der Wirtschaft, insbesondere dem Handwerk, und der Verwaltung auf örtlicher Ebene sollen verstärkt werden.*
- Ausbau der Funktion der Wirtschaftsbeauftragten in den Bezirken.*
- Ausbau der Kommunikation zwischen den Kammern, den Gewerkschaften und der Wirtschaftsbehörde sowie der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, um die Sorgen und Beschwerden rechtzeitig auf die entsprechende Verwaltungs- bzw. Politikebene zu bringen.*

Die Instrumente der Hilfen für die Umstrukturierung und die Sanierung von Unternehmen sind zu verbessern.

Hierzu gehören u. a.:

- Einrichtung eines Fonds für die Bezuschussung von Unternehmensberatungsaufträgen für kleinere und mittlere Unternehmen, die nur auf diesem Wege eine Chance der Sanierung und der erfolgreichen Umstrukturierung haben (Befürwortung unter Beteiligung von Kammern und Betriebsräten).
- Wird bekannt, daß Unternehmen in Hamburg zu schließen beabsichtigen, ist zu prüfen, ob eine Chance der Fortführung durch die Mitarbeiter oder durch den Kauf des Unternehmens durch das örtliche Management besteht.
- Die Erweiterungswünsche der Unternehmen müssen besondere Aufmerksamkeit erhalten, um eine Abwanderung in das Hamburger Umland zu verhindern. Die räumliche Situation in Metropolen wird häufig zu Nutzungskonflikten führen, die unter Berücksichtigung ökologischer Fragen einer sorgfältigen – aber auch raschen – Abwägung im Einzelfall bedürfen. Wenn ökologisch vertretbar, müssen im Stadtstaat die Entscheidungen im Zweifel für die Arbeitsplätze getroffen werden. Bezirke und Ortsämter müssen dieser Abwägung entsprechen.
- Zur Förderung der Gründung und Ansiedlung von Unternehmen sind die bisherigen Instrumente weiter zu verbessern. Das gilt insbesondere für einen Ausbau der Wirkungsmöglichkeiten der Wirtschaftsförderungsgesellschaft.
- Ergänzend zu den konventionellen Formen der Wirtschaftsförderung ist ein Fonds zu schaffen, der den besonderen Bedürfnissen von „alternativen“ Betrieben gerecht wird.
- Die Überlegungen zur Errichtung einer gemeinsamen Vertriebsgesellschaft für Umwelttechniken werden vorangetrieben.

Wissenschaft und Technik sind neben ihrer kulturellen Bedeutung auch wichtige Elemente für die industriewirtschaftliche Erneuerung der Stadt. Deshalb sollen u. a.:

- Die Molekularbiologie/Biotechnologie ausgebaut werden,
- die Bewerbung Hamburgs als Standort für ein Zentrum für „künstliche Intelligenz“ forciert werden

und

- das Zentrum für Meeresforschung und die Meerestechnik entwickelt werden.

Angestrebt wird auch die Entwicklung eines Forschungsschwerpunktes für Energie- und Stromspartechnik, Solarenergie und Wasserstofftechnik.

Angesichts der Tatsache, daß neue wissenschaftliche Entwicklungen nach unseren Erfahrungen häufig auch negative Folgeerscheinungen haben, soll zugleich das sozialwissenschaftliche Begleitinstrumentarium ausgebaut werden, um die politisch-gesellschaftliche Tragweite technischer Innovation zukünftig besser bewerten zu können.

Zur Verbesserung der Chancen der Gründung und Ansiedlung von Unternehmen sind u. a.:

- das Flächenangebot für Betriebsansiedlungen zu vergrößern, u. a. indem wassernahe Flächen in verstärktem Umfang auch für nichtwassergebundene gewerbliche und industrielle Tätigkeiten zur Verfügung gestellt werden. Ein entsprechendes zusätzliches Flächenbereitstellungsprogramm wird bis Ende 1987 vorgelegt werden.
- Das vorhandene Angebot von freien Gewerbe- und Industrieflächen ist bereits auf Datenverarbeitung umgestellt. Das Programm wird entsprechend den Wünschen der Kammern und Verbände um die jeweils bekannten privaten Flächen erweitert.

- Die Stadt wird in geeigneten Fällen die Wiedernutzung von brachliegenden Industrie- und Gewerbeflächen im Privatbesitz durch Ankauf oder Verkaufsvermittlung unterstützen.
- Für die Gründung neuer Unternehmen ist das Angebot an günstigen Ausgangsplätzen (Technologieparks usw.) sowie das Beratungsangebot weiter zu vermehren.

b) Verkehrsanbindungen und Kommunikation

- Realisierung der Umgehung Fuhrsbüttel zur Anbindung des Flughafens und Bemühungen gegenüber dem Bund um einen Fernbahnanschluß für den Flughafen.
- Erhöhung der Lande- und Startfrequenzen wichtiger internationaler und nationaler Fluggesellschaften.
- Ausbau der Luftfrachtkapazität und Verhandlungen mit der Lufthansa über eine stärkere Nutzung des Flughafens Hamburg für Luftfracht.
- Ausbau der Bundesbahnverbindung des Hafens nach Süden (wie geplant).
- Ausbau der vierten Elbtunnelröhre (wie geplant).
- Tieferlegung der Bundesbahnstrecke Hamburg–Lübeck im Raum Rahlstedt (Troglösung). Eine endgültige Entscheidung wird nach Auswertung des von der Deutschen Bundesbahn zu erstellenden Gutachtens getroffen.
- Realisierung von Projekten zur Stärkung Hamburgs als Telekommunikationszentrum; weiterer Ausbau der Infrastruktur durch die Post.

c) Qualifizierung im Beruf. – Lebenschance und Chance für Hamburg

Die berufliche Qualifikation bestimmt zunehmend die Lebenschancen der Menschen. Eine gute Ausbildung für alle

ist deshalb sowohl ein wichtiger Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit als auch zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit und zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Hamburg. Hamburg hat hier in wichtigen Feldern Nachholbedarf.

Angeichts der Hauptverantwortung der Wirtschaft für die berufliche Bildung kann der Staat hier allerdings nur begrenzt einwirken. Wichtige Einwirkungsmöglichkeiten sind u. a.:

- Verbesserte Angebote in den Schulen bei Mathematik, Informationstechnik, Naturwissenschaften und Vorbereitung auf Ingenieurwissenschaften, weil diese Schwerpunkte die späteren Berufschancen in diesen Feldern verbessern. Hamburg hat schon zwei technische Gymnasien errichtet und wird dieses Angebot ausbauen.
- Verstärkung der entsprechenden Schwerpunkte in der Hochschulausbildung; Hamburg wird u. a. das Studium der Informatik als Nebenfach verstärkt fördern und Weiterbildungsmaßnahmen im CAD- und CAM-Bereich einrichten.
- Die Festlegung und Förderung zukunftsorientierter Ausbildungsfächer in Abstimmung mit den Kammern, Innungen und Gewerkschaften. Dasselbe gilt für Umschulung und Weiterqualifizierung.

Die von allen Fraktionen der Bürgerschaft wiederholt bestätigten Programme zur Sicherung von Ausbildungsplätzen für die Hamburger Jugend müssen solange fortgeführt werden, bis die Wirtschaft aus eigener Kraft die Nachfrage decken kann. Einen modellhaften Beitrag zur engeren Verknüpfung von Strukturpolitik, Qualifizierungsinitiativen und Beschäftigungszuwachs hat der Senat der Bürgerschaft mit dem Werftenprogramm vorgelegt.

d) Kosten am Standort Hamburg

Kommunale Steuern und Gebühren (insbesondere für Abwasser- und Abfallbeseitigung) sowie die Preise für die Versorgung (Energie, Wasser) sind wichtige Standortfaktoren. Die Kosten dieser Leistungen sind in Hamburg grundsätzlich nicht höher als die Kosten entsprechender Leistungen vergleichbarer Großstädte. Dennoch sind Kostensenkungen notwendig. Insbesondere, soweit sich im Rahmen eines von Hamburg unter den Mitgliedern des Deutschen Städtetages angeregten und zur Zeit laufenden Gebühren- bzw. Preisvergleichs ergeben sollte, daß Hamburg trotz annähernd gleicher Kosten für vergleichbare Leistungen höhere Gebühren bzw. Preise als vergleichbare Städte erhebt, wären hieraus Konsequenzen zu ziehen. Prinzipiell hält der Senat jedoch am Grundsatz der Kostendeckung fest. Sofern im Einzelfall eine Absenkung der Kostendeckungsgrade in Betracht zu ziehen ist, muß bei der Entscheidungsfindung die Finanzlage der Stadt berücksichtigt werden. Ein wesentlicher Entscheidungsspielraum ergibt sich erst bei einer nachhaltigen Verbesserung der Haushaltslage; das schließt eine Verbesserung der Stellung Hamburgs im Länderfinanzausgleich ausdrücklich ein.

Vor diesem Hintergrund ist der Senat auch nicht der Meinung, daß die Getränkesteuer jetzt abgeschafft werden sollte.

Unabhängig davon ist der Senat jedoch der Auffassung, daß u. a.:

- die Kosten der öffentlichen Leistungen weiterhin begrenzt und durch Rationalisierung weiter gesenkt werden sollten, so daß insbesondere bei relativ (im Vergleich zu anderen Großstädten) hohen Kostendeckungsgraden die Gebührenanhebungen begrenzt bleiben können;
- bestimmte Gebühren, insbesondere im Aus- und Fortbildungsbereich (z. B. für die Volkshochschule) gesenkt, zumindest aber nicht erhöht werden sollten;

- die letzte Erhöhung der Hafenmieten aus Wettbewerbsgründen rückgängig gemacht werden sollte;
- die Energiepreise wettbewerbsfähig bleiben müssen.

Die zum Jahresanfang 1987 beabsichtigten Gebührenerhöhungen sind zunächst deswegen nicht vorgenommen worden, weil der Senat über sie unter Beachtung der oben genannten Grundsätze im Zusammenhang mit der Beratung über den Ergänzungshaushalt für 1987 entscheiden wird.

e) Sicherung der Entsorgung

Die Entsorgung der Betriebe und der Haushalte von Abwasser und Müll wird für den Stadtstaat Hamburg immer schwieriger und auch immer teurer. Wichtigstes, allerdings nur mittel- und langfristig zu realisierendes Ziel ist daher die Vermeidung von Abwasser und Abfällen durch:

- Wassersparen; die Maßnahmen werden fortgeführt;
- Brauch- und Trinkwassertrennung; die Versuche werden fortgeführt;
- Initiativen und Unterstützung von Gesetzgebungen auf Bundesebene, die insbesondere den Abfall von Verpackungsabfall begrenzen;
- Initiativen und Unterstützung von Gesetzgebungen auf Bundesebene, die für Verpackung und andere Abfälle die Verwendung umweltschädlicher Stoffe begrenzen, vermeiden oder verbieten.

Neben der Abfallvermeidung ist eine zweckmäßige Nutzung von Abfällen durch Wiederverwendung (Recycling) im weitesten Sinne ein Ansatz zur Lösung der Entsorgungsprobleme, allerdings sind Fortschritte hier nur langsam zu erzielen.

Die Stadt wird die Modellversuche zur Wiederverwendung von Abfällen fortführen, auswerten und zu einem stadtweiten System der Wiederverwendung ausbauen.

Zur Lösung der akuten Probleme wird:

- Hamburg seine Rechtsauffassung zur Zulässigkeit der weiteren Nutzung der Deponie Schönberg in allen Instanzen wahren;
- in enger Zusammenarbeit mit den Nachbarländern die Bemühung um eine Bereitstellung von Deponien vorangetrieben;
- eine Kapitalbeteiligung an der Sonderdeponie Hohenegelsen angestrebt mit dem Ziel, gemeinsam mit dem Land Niedersachsen eine zukunftsweisende Deponietechnik zu entwickeln;
- das System der Hausmüllverbrennung in Hamburg mit neuer Abgasreinigungstechnik ausgebaut;
- Hamburg erbringt durch die Verbrennung von Sonderabfall aus den Nachbarländern bei der AVG erhebliche Vorleistungen gegenüber Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Diese Vorleistungen – einschließlich einer Hochtemperaturverbrennungsanlage – sollen in ein Gesamtsystem der Beseitigung von Sonderabfällen gemeinsam mit den Nachbarländern eingebracht werden. Eine staatsvertragliche Regelung wird angestrebt;
- eine sinnvolle Klärschlammbehandlung und Nutzung weiter geprüft (Verwendung im Wärmemarkt);
- die Pyrolyse in Versuchsform in Hamburg aufgenommen.

Die Müllverbrennung bleibt angesichts der begrenzten bundespolitischen Ansätze zur Abfallvermeidung, der Grenzen der Wiederverwendung und der besonderen Lage des Stadtstaates auf absehbare Zeit der notwendige Entsorgungsweg für Hamburg.

Ein besonders schwieriges Entsorgungsproblem stellt der Hafenschlick dar. Das Baggern von Hafenschlick kann angesichts der Bedeutung des Hafens nicht vermieden werden.

Die Aufgabe besteht daher darin, den Hafenschlick langfristig wiederverwendbar zu machen. Dafür müssen die Einleitungen, die der Elbe heute Schwermetalle, chlorierte Kohlenwasserstoffe und Chemikalien zuführen, so schnell wie möglich gestoppt werden. Dies muß in erster Linie in der CSSR und DDR erfolgen, weil über 95 % der Elbbelastung bereits vorhanden ist, wenn die Elbe das Bundesgebiet erreicht. Aber auch der Bund könnte eine Entlastung Hamburgs bewirken, wenn er den im Staubecken Geesthacht anfallenden Schlick nicht erneut in die Elbe einleiten würde. Bemühungen, den Bund hier zu einer Änderung seiner Praxis zu bewegen, müssen verstärkt fortgeführt werden.

Es ist eine vorrangige Aufgabe der Hamburger Politik, auf die Bundesregierung einzuwirken, daß sie mit der CSSR und DDR zügige Verhandlungen führt, um unter finanzieller Beteiligung der Bundesrepublik und unter Zurückstellung von Grenzfragen ein Sanierungskonzept für die Elbe zu vereinbaren.

Kurzfristig bleibt es bei dem Ziel einer Hafenschlickdeponie in Francop. Darüber hinaus ist es notwendig, daß die Nachbarländer Schleswig-Holstein und Niedersachsen Landflächen für die Ablagerung von Hafenschlick zur Verfügung stellen, bis das Problem durch eine Sanierung der Elbe gelöst werden kann.

f) Stärkung der Metropolfunktion

Hamburgs geografische Lage prädestiniert die Stadt als Einkaufszentrum Norddeutschlands und Nordeuropas. Die Chancen, mehr Fremdenverkehr nach Hamburg zu ziehen, müssen umfassend genutzt werden.

Hierzu bedarf es insbesondere der Entscheidung hinsichtlich des Ausbaus des nördlichen Elbufers von den Landungsbrücken bis Neumühlen, wobei im Bereich der Landungsbrücken auch ein touristisches Einkaufsangebot geschaffen werden sollte. Dieses Ziel ist vorrangig mit privaten Investitionen zu verfolgen.

Die künftige Nutzung der Cap San Diego ist auch im Zusammenhang mit dem Museumshafen zu regeln.

Die Nutzung des Hafenrandes in diesem Sinne könnte in seiner Attraktivität wirklich gesteigert werden, wenn eine teilweise Überdachung des Weges von den Landungsbrücken bis zum Fischereihafen Altona die Fußgänger wetterunabhängiger machen würde.

Auch ein Pendelverkehr zwischen den beiden Standorten sollte in Erwägung gezogen werden.

Mit der Entwicklung des nördlichen Elbufers ist zugleich auch eine Sanierung der Reeperbahn ins Auge zu fassen, die den Spielbudenplatz wieder öffnet, das Operettenhaus nutzbar macht (wie z. B. jetzt für CATS) und mindestens die südliche Reeperbahnseite (städtischer Besitz) für den Fremdenverkehr besser erschließt.

Eine wichtige Frage der Stadtplanung ist dann die Fortführung des Weges über das Millerntor, Heiligengeistfeld bzw. durch den Wallringpark (Planten und Blomen) bis zum Kongreßzentrum. Auch hier ist zu überlegen, ob nicht teilweise überdachte Fußwege geschaffen werden sollten, um insbesondere nach einer gründlichen Erneuerung von Planten und Blomen (einschließlich Wallringpark) eine größere Wetterunabhängigkeit für den Touristenverkehr zu ermöglichen.

Bei der Erschließung des nördlichen Elbufers für den Fremdenverkehr und der Sanierung der Reeperbahn bzw. des zwischen Reeperbahn und dem Elbufer liegenden St. Pauli ist anzustreben, daß die ansässige Wohnbevölkerung nicht verdrängt wird, u. a. sind Instrumente wie Milieuschutz, Billigsanierung etc. einzusetzen.

Zu den wichtigsten Ereignissen während der Legislaturperiode wird der 800. Hafengeburtstag im Jahr 1989 gehören. Beratungen über ein umfassendes Konzept haben begonnen. Sie sind bis zum April (Haushaltsberatungen) so abzuschließen, daß im Zusammenhang mit den Haushaltsentscheidungen auch die Entscheidungen über die Durchfüh-

nung des Hafengeburtstages getroffen werden können. Dabei ist der Senat bisher davon ausgegangen, daß die im Zusammenhang mit dem Hafengeburtstag erfolgenden Aufwendungen wenn irgend möglich in Investitionen so zusammengefaßt werden, daß die Stadt davon einen dauerhaften Gewinn haben kann.

Zwischen den norddeutschen Ländern haben Vorberatungen über eine mögliche Bewerbung für die Olympischen Spiele begonnen. Diese Beratungen sind zügig zu einem positiven Ergebnis zu führen.

- g) Der Hafen bleibt wesentliche Grundlage der Hamburger Wirtschaft.

Ziel ist seine weitere Modernisierung und die Beschleunigung des Hafenumschlages, die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit in den Hafengebühren und dem Zubringerverkehr.

- h) Die Medienwirtschaft muß Wachstumsfaktor bleiben.

Es kommt darauf an, daß zwischen Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg als Vertragsländer des NDR Übereinstimmung darüber bestehen bleibt, daß die gemeinsame Rundfunkanstalt ihren bedeutsamen Rang behalten und festigen soll. Daher soll der NDR die Möglichkeit erhalten, Satellitenrundfunk zu nutzen (Fernsehen und digitale Hörfunktechnik) und kurzfristig auch durch neue Frequenzen seine Versorgungslücken im UKW-Bereich zu schließen.

Im privaten Rundfunk wird eine effektive Chance auf der Grundlage des Hamburgischen Mediengesetzes zur zügigen Entwicklung im Hörfunk und Fernsehen gegeben. Zwei private Hörfunksender sind bereits zugelassen worden; die Zulassung für zwei private Fernsehprogramme (und zwei Low-Power-Stationen) soll in Kürze durch die Hamburgische Medienanstalt erfolgen.

In dieser Legislaturperiode müssen weitere Schritte getan werden, um Hamburgs Position im Bereich der Film- und Fernsehproduktion zu stärken. Hierzu gehört insbesondere die Realisierung des vom Senat vorgelegten Filmförderungskonzeptes. Es beinhaltet die Erhöhung der Filmförderungsmittel ebenso wie eine verbesserte Ausbildung im Bereich der einschlägigen Berufe und öffentlichkeitswirksame Maßnahmen wie einem Filmpreis.

- i) Hamburg muß an Attraktivität für Messen und Kongresse weiter gewinnen.

In diesem Zusammenhang stehen folgende Vorhaben:

- Weiterer Ausbau des Messegeländes (läuft bereits);
- die bisherigen Verhandlungen über eine privatwirtschaftlich finanzierte Mehrzweckhalle sind weiter zügig voranzutreiben.

- j) Aktive Beschäftigungspolitik

Trotz des Wirtschaftswachstums der vergangenen Jahre ist die Arbeitslosigkeit gestiegen und wird insbesondere bei konjunktureller Abkühlung voraussichtlich noch weiter ansteigen. Das hamburgische Interesse richtet sich deshalb darauf, die bundespolitischen Voraussetzungen für aktive Arbeitsmarktpolitik zu schaffen und auch direkte Beschäftigungsmaßnahmen in Hamburg selbst anzupacken. Hierzu gehören:

- Eine Bündelung der Umwelt-Investitionen zu einem Hamburger Programm „Arbeit und Umwelt“;
- eine Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz, die den rechtlichen und finanziellen Rahmen für den Abbau der Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit durch Ausweitung des „Zweiten Arbeitsmarktes“ schafft;

- die Verwirklichung des „Sonderprogramms zur Ausweitung des hamburgischen Arbeitsmarktes durch die Schaffung von 2 500 Arbeitsplätzen mit Arbeiten im öffentlichen Interesse“;
- schwerpunktmäßige Ausrichtung des „Zweiten Arbeitsmarktes“, der dann insgesamt 7 500 Beschäftigten offensteht, mit dem Ziel einer engen Zusammenarbeit mit privatwirtschaftlichen Betrieben und einer Konzentration auf Gruppen, die in besonderer Weise benachteiligt sind (gewerbliche Arbeitnehmer, junge Arbeitnehmer bis zu 25 Jahren, Frauen und Dauerarbeitslose);
- Angebot zusätzlicher Arbeitsplätze für Sozialhilfeempfänger in einer weiteren Beschäftigungsgesellschaft;
- Ausweitung des Angebots an Plätzen in geschützten Werkstätten für die besonders hart betroffenen Behinderten;
- intensive Förderung von Arbeitsloseninitiativen und Einbeziehung in bezirkliche Aktivitäten zur Arbeitsbeschaffung.

2. Vermeidung und Beseitigung von Umweltschäden; Schutz der Natur; Energieversorgung ohne Kernenergie

Unsere Zukunft ist von Umweltschäden existentiell bedroht. Die Bedrohung kann nicht von einer Stadt und einem Bundesland allein abgewendet werden. Hamburger Politik muß deswegen – auch auf der Bundesebene und über den Bund in Europa – auf entsprechende Gesetze und Regeln drängen und darüber hinaus:

- a) die Belastung der Luft abbauen durch
 - umfassende Umsetzung der TA Luft;
 - zusätzliche freiwillige Betriebssanierungen, gefördert durch ein erweitertes Hamburger Umweltschutzprogramm;
 - Fertigstellung der Luftreinhaltemaßnahmen bei den konventionellen HEW-Kraftwerken Wedel, Hafen, Harburg und Neuhof;
 - erneuter Vorstoß zur bundesweiten Entgiftung des Kfz-Verkehrs;
 - Ausrüstung der HVV-Busse mit wirksamen Rußfiltern;
 - Bundesratsinitiative für ein Umweltdateninformationsgesetz.
- b) die Belastung der Gewässer abbauen durch
 - Erlaß einer Anlagenverordnung zum Schutz von Schadensfällen;
 - Einrichtung eines Frühwarnsystems für die Elbe mit fünf Meßstationen (beschlossen);

- Initiative Hamburgs für eine Novellierung der Störfallverordnung;
- Anpassung der Einleitungserlaubnisse aller relevanten Betriebe bis 1989 an den aktuellen Stand der Technik in der Abwasserreinigung;
- Reduzierung der Einleitungen von Schwermetallen und chlorierten Kohlenwasserstoffen in das Siel;
- Genehmigung neuer bedeutsamer Einleitungserlaubnisse nur bei kontinuierlicher Eigenüberwachung;
- Fertigstellung des Klärwerkes Dradenau;
- Bau des Transportsiels Winterhude (I und II); und der Rückhaltebecken Lehmweg und Schädlerstraße;
- Fortsetzung der Erstbesielung;
- verstärkte Sielnetzsanierung;
- Vereinbarungen von Gewässerschutzmaßnahmen mit der DDR und der CSSR über die Elbe;
- Schaffung einer unentgeltlichen Entsorgungsmöglichkeit für Schiffe im Hafen;

c) die Belastung des Bodens abbauen durch

- ein Bundesprogramm zur Sanierung von Altlasten unter Beteiligung der verursachenden Industrie;
- Entwicklung einer TA-Boden;
- erneute Novellierung des Abfallbeseitigungsgesetzes, um endlich eine tragfähige Grundlage für eine wirksame Abfallvermeidungspolitik zu schaffen;

- Intensivierung der Kooperation mit der Industrie zur weiteren Entwicklung technischer Möglichkeiten der Abfallvermeidung;
- Ausrüstung der vorhandenen Verbrennungsanlagen für Hausmüll mit neuer Abgasreinigungstechnik;
- Initiative auf Bundesebene zum Verbot gefährlicher Chemikalien und Stoffe, die gemäß der Gefahrstoffverordnung bereits als krebserzeugend eingestuft sind;
- Förderung von Forschung und Entwicklung in der Abfallvermeidungstechnologie, insbesondere auf Bundesebene;
- Errichtung eines Instituts für Altlastensanierung und Abfallwirtschaft in Hamburg.

d) das öffentliche Grün fördern durch

- verbindliche Regelungen für Eingriffe in Natur und Landschaft;
- die Ausweisung weiterer Natur- und Landschaftsschutzgebiete;
- Fortführung des Radwegekonzeptes.

Der Reaktorunfall von Tschernobyl hat erneut die hohen Risiken gezeigt, die mit einem weltweiten Einsatz der Nuklearenergie verbunden sind.

Der Senat hält deshalb an seiner Auffassung fest, daß mit dem Ausstieg aus der Kernenergie jetzt begonnen werden muß.

Welche Wege der Senat hierbei im einzelnen für richtig hält, hat er ausführlich in seinem Konzept für Stromversorgung ohne Kernenergie und in der Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters vom 24. September 1986, auf die Bezug genommen wird, vor der Hamburger Bürgerschaft erläutert.

Die hohe Abhängigkeit Hamburgs in seiner Stromversorgung von der Kernenergie (über 80 v.H.) ist nicht nur betriebswirtschaftlich unrentabel, sondern stellt angesichts der ungelösten Entsorgungsfrage und der im Fall von Störungen oder Unfällen bei anderen Reaktoren zu erwartenden Abschaltung ein hohes Versorgungs- und Kostenrisiko dar.

Da alle Kernkraftwerke außerhalb Hamburger Hoheitsgebiete liegen und die HEW lediglich Beteiligungen an den vier Kernkraftwerken halten, hat der Senat allerdings weder hoheitliche Zugriffsmöglichkeiten noch kann er in seiner Eigenschaft als Mehrheitsaktionär der HEW unmittelbar einwirken. Die für den Ausstieg aus der Kernenergie erforderlichen grundlegenden Veränderungen der Energieversorgungsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland können nur durch bundespolitische Entscheidungen herbeigeführt werden.

Zwischen den in der Bürgerschaft vertretenen Parteien gibt es über das vom Senat entwickelte Ausstiegskonzept keinen Konsens. Der Senat hält dennoch daran fest und wird zunächst die Maßnahmen ergreifen, die im Sinne einer ökologischen und ökonomischen Risikominderung schon jetzt von allen unterstützt werden könnten.

Dazu gehören:

- Hamburger Förderprogramm für Fernwärmeanschlüsse (ca. 6 Mio. DM/a),*
- Anschluß öffentlicher Gebäude im Fernwärmevorranggebiet an die Fernwärme soll gefördert, neue Heizzentralen nur noch als Blockheizkraftwerke errichtet und vorhandene sukzessive umgestellt werden,*
- weitere Koppelung eines Wohnungsmodernisierungsprogramms mit Maßnahmen zur Energieeinsparung im Wohnbereich (Wärmedämmung, verbesserte Verbrennungstechniken),*
- Veränderung des Stromtarifs mit der Zielsetzung, einen zeitabhängigen, linearisierten Tarif zu schaffen,*

- Verzicht auf eine reine Heizwerkvariante in Tiefstack, statt dessen Bau eines kraft-wärmegekoppelten Werks schon in der ersten Baustufe,
- Programm zur Förderung von Energieeinsparung und rationeller Energieverwendung gegebenenfalls gemeinsam mit der Handwerkskammer und mittelständischen Hamburger Unternehmen,
- Umsetzung des Integrierten Wärmeversorgungskonzepts:
Ersetzung von Öl- und E-Heizungen durch Ausbau der Fernwärme auf 330 000 Wohneinheiten in den verdichteten Innenstadtbereichen und Ausbau der Gasversorgung gegebenenfalls über BHKW in den äußeren Stadtgebieten,
- eine entsprechende Änderung der HEW-Satzung, die das Unternehmen auf die Ziele Energiesparen und Stromerzeugung unter Verzicht auf Atomenergie verpflichtet.
- Bundesratsinitiativen zur Novellierung des Atom- und Energiewirtschaftsgesetzes.

Wie bereits in der Senatskundgebung am 24. September 1986 angekündigt, hat der Senat beim DIW in Berlin ein Gutachten in Auftrag gegeben, das die wirtschaftlichen Auswirkungen eines Ausstiegs aus der Kernenergie auf die Stadt unter verschiedenen Annahmen quantifizieren soll. Die Ergebnisse dieses Gutachtens sollten im Spätsommer vorliegen.

Einigkeit besteht im übrigen bei allen Parteien trotz unterschiedlicher Haltung zur Kernenergie darin, daß alle Kraftwerke sofort auf ihre Sicherheit hin überprüft werden.

Daher sollten sich alle Parteien in Hamburg dafür einsetzen, daß Bürgerschaft und Senat alle Unterlagen erhalten, die für eine eigene Sicherheitsbeurteilung der Hamburg benachbarten Kernkraftwerke erforderlich sind.

3. Wahrung der Inneren Sicherheit auf einem liberalen Fundament

Das Wahlergebnis ist ohne Zweifel erheblich durch die Debatte über Kriminalität und Gewalt in Hamburg beeinflusst worden. Dabei sind – wie in vielen anderen Punkten der Hamburger Politik – vergleichbare Entwicklungen in anderen Großstädten oft übersehen worden. Das gilt für den Bereich der Kriminalität ebenso wie für Probleme des Strafvollzuges und der Gewalttätigkeiten bei Demonstrationen. Dennoch ist es richtig, daß Hamburg in allen drei Gebieten Defizite hat, die beseitigt werden müssen.

Zwar kann keine Großstadt ihren Bürgern absolute Sicherheit vor Kriminalität und Gewalt garantieren. Aber die Menschen in Hamburg haben einen Anspruch darauf vertrauen zu können, daß die staatlichen Organe Freiheit und Sicherheit des einzelnen kompetent und zuverlässig schützen können. Dieses Vertrauen besteht in Hamburg nicht mehr uneingeschränkt. Es ist eine der vordringlichen Aufgaben der Politik in den kommenden Monaten, dieses Vertrauen wieder herzustellen.

a) Hafenstraße

Eine zentrale Aufgabe ist die Lösung des Problems Hafenstraße.

Die Bewohner der Häuser Bernhard-Nocht-Str. 16, St. Pauli-Hafenstr. 116, 126 (sogenannte Sechser-Häuser) haben in Kenntnis der städtebaulichen Konzeption befristete Mietverträge geschlossen. Sie müssen sich daran halten. Die Beendigung der Mietverhältnisse zum 31. Dezember 1986 und die notwendige Räumung im Rahmen der rechtsstaatlichen Fristen ist daher erforderlich. Dies sollte ohne Polizeieinsätze möglich sein. Sind diese jedoch erforderlich, so werden sie nachdrücklich unterstützt. Es gibt keine rechtsfreien Räume in Hamburg, und es wird sie nicht geben.

Den Bewohnern der Häuser werden jedoch andere Wohnmöglichkeiten im innerstädtischen Bereich angeboten.

Soweit es gelingt, im Sanierungsbereich für Häuser, die erhalten bleiben sollen, mit gewaltlosen und den Rechtsstaat respektierende Gruppen alternative Wohnmodelle verbindlich zu vereinbaren, bleibt diese Möglichkeit bestehen. Ist dies jedoch nicht möglich, wird der Senat auch für diese Häuser den Weg der Sanierung ohne alternative Wohnmodelle gehen.

b) Gewaltlosigkeit bei Demonstrationen

Das Recht auf friedliche Demonstration ist ein Grundrecht. Diesen hohen Rang gilt es zu sichern.

Im Zusammenhang mit Demonstrationen hat es in letzter Zeit in Hamburg – wie in anderen Städten der Bundesrepublik – mehrfach Gewalt und Ausschreitungen gegeben, die in dieser Dimension neu sind. Das Gewaltmonopol des demokratischen Staates darf aber nicht in Zweifel gezogen werden und alle Beteiligten sollten darauf hinwirken, daß dies wieder respektiert wird. Solange allerdings die zugespitzte Situation erhöhter Gewaltbereitschaft anhält, wird es darauf ankommen, alle schutzbedürftigen Rechtsgüter, insbesondere das höchstrangige Grundrecht des Grundgesetzes – den Schutz des Lebens – zu wahren. Wie dies am besten geschieht, muß in jedem Einzelfall mit großer Sorgfalt geprüft werden.

- Der Senat hat beschlossen, im Vorfeld von Demonstrationen mit den Veranstaltern und den sie tragenden Gruppen das Gespräch aufzunehmen und den Versuch zu machen, Gewaltlosigkeit und gegenseitiges Verständnis zu fördern. Diese Linie soll weiter verfolgt werden. Die Medien und die Persönlichkeiten in unserer Stadt, die öffentliches Gehör finden, sollten ihren Einfluß entsprechend gelten machen.
- Eine Verschärfung der Gesetze und eine härtere Bewaffnung für die Polizei lehnt der Senat unverändert ab, denn sie sind nicht erforderlich, wenn die bestehenden rechtlichen Grundlagen genutzt werden.

- Die Polizei wird heute immer häufiger bei Demonstrationen beschimpft oder auch körperlich attackiert. Dies ist für die Polizeibeamten (Beamtinnen) unzumutbar. Der Senat anerkennt die sehr schwierige Aufgabe unserer Polizei. Er hat sie durch seine Entscheidung vom 21. August 1986 zur Politik der Inneren Sicherheit für Hamburg gewürdigt und auch darin auf ihre eindrucksvolle Leistung über viele Jahre hingewiesen.

c) Kriminalität

Hamburg hat in den letzten Jahren Fortschritte bei der Verfolgung organisierter Kriminalität und bei Wirtschaftsstraftaten gemacht. Für Umweltstraftaten müssen härtere Strafen vorgesehen und durchgesetzt werden (hier sind Initiativen auch auf Bundesebene erforderlich). Zur Bekämpfung insbesondere der Massenkriminalität und der die wachsende Zahl von Einbruchsdiebstählen erst möglich machen den Hehlerei werden folgende Wege aufgrund der Beschlüsse zur Politik der Inneren Sicherheit für Hamburg verstärkt verfolgt werden:

- Zur besseren Bekämpfung der Massenkriminalität werden die örtlich zuständigen Kriminalkommissariate verstärkt.
- Mit einer flexibleren Dienstzeitregelung soll sichergestellt werden, daß kriminalpolizeiliche Ermittlungen unverzüglich von den Beamten eingeleitet werden, die über die notwendigen Fach- und Ortskenntnisse verfügen.
- Für operative Maßnahmen wurden die Ermittlungsgruppen Vielfachtäter und täterorientierten Fahndungsgruppen als zentrale Dienste der Kriminalpolizei auf Direktionsebene als feste Einrichtungen erweitert bzw. eingerichtet.
- Mit den speziellen Ermittlungseinheiten „Hehlerei“ bei den vier Direktionen wird die Polizei einen neuen Weg beschreiten, mit dem insbesondere Einbruchsdiebstähle bekämpft werden sollen.

- Bei der Fachdirektion 6 wird ergänzend zur gezielten Bekämpfung der großen organisierten Hehlerei ein neues Fachkommissariat eingerichtet.

In diesem Zusammenhang ist immer wieder zu prüfen, ob die Organisationsform für die Polizei der sich verändernden Kriminalität entspricht. Dabei muß eine sinnvolle Kombination zwischen Bürgernähe einerseits und effektivem Kräfteeinsatz andererseits sichergestellt werden. Vorrangig organisatorische Antworten, wie sie auch von der Öffentlichkeit gefordert werden, sind nach Auffassung des Senats eher Scheinlösungen. Dennoch wird die Diskussion über derartige Verbesserungsmöglichkeiten offen geführt werden. In diesem Sinne wird die ständige kritische Beobachtung der Organisation der Polizei fortgeführt und werden eventuelle Korrekturen vorgenommen.

d) Modernisierung des Strafvollzuges

Hamburgs Strafvollzug soll weiter modernisiert werden, wobei Sicherheit der Vollzugsanstalten und das Ziel der Wiedereingliederung von Straftätern in die Gesellschaft immer wieder aufeinander abgestimmt werden müssen.

Ziele sind:

- Schaffung kleinerer Vollzugseinheiten und Wohngruppenvollzug
- Schaffung genügender Arbeitsmöglichkeiten
- Herrichtung ausreichender Einzelhaftsplätze im geschlossenen Vollzug
- Sanierung der Untersuchungshaftanstalt und Neubau des Vollzugskrankenhauses

bei gleichzeitiger Verbesserung der Sicherheit nach innen und außen.

4. Sicherung und Ausbau sozialer Gerechtigkeit; Entwicklung des Gesundheitswesens

Unter der Führung der Sozialdemokraten ist in Hamburg in den vier Jahrzehnten der Republik eine bundesweit vorbildliche Vielfalt sozialer Vorsorge und Sicherungen entstanden. Diese gilt es zu erhalten und wo erforderlich auszubauen oder den sich verändernden Bedingungen anzupassen.

Aufgabenschwerpunkte der kommenden Jahre müssen daher sein:

- Ausbau des Zentrums Humanisierung der Arbeitswelt und Weiterentwicklung des Zentralinstituts für Arbeitsmedizin;*
- Entwicklung der Kindertagesheim- bzw. Kindergartenplätze auf der Grundlage eines Kindertagesheim-Bedarfplanes. In diesem Zusammenhang ist auch die Integration behinderter Kinder zu behandeln.*
- Aufrechterhaltung des Hamburger Ausgleichs für die frühere Förderung von Schülern in weiterführenden Schulen (Schüler-BAFÖG), bis im Bund eine Wiederaufnahme erfolgt.*
- Vollendung des flächendeckenden Netzes von Sozialstationen bis Ende 1989.*
- Weiterführung des Ausbaues von Altenpflegeheimen bei Verbesserung der personellen Ausstattung von Altenpflegeheimen.*
- Weiterführung und Erweiterung der Vorhaben zur Beschleunigung der Integration von Ausländern. Hierzu gehören auch Erleichterungen von Einbürgerungen (auch durch niedrigere Gebührensätze) und die Schaffung eines/einer Ausländerbeauftragten und eines Ausländerbeirates.*
- Die Unterstützung von Arbeitsloseninitiativen in den Bezirken.*

- Die Entschädigung von vergessenen Gruppen, bisher nicht berücksichtigten NS-Opfern; vorzugsweise durch eine Bundesregelung; ersatzweise durch eine staatsvertragliche Regelung oder eine Hamburger Stiftung.

Erhalt und Ausbau des Gesundheitswesens in Hamburg bedürfen konzentrierter Investitionen und einer konsequenten Verbesserung der Effizienz des Gesundheitswesens.

Hierzu ist es erforderlich, daß die einzelnen Krankenhäuser mehr Selbständigkeit für ihre Entscheidungen gewinnen.

Vorrangig ist

- die Grundsanierung von OP's zur Verbesserung der Hygienesituation;
- die Umwidmung von Krankenhausbetten zum Zweck der Nachsorge und Rehabilitation für alterskranke Patienten (nach Abstimmung mit den Krankenkassen) und die Schaffung teilstationärer Behandlungsangebote.
- Außerdem ist in einigen Krankenhäusern die qualitative Verbesserung der Bettenbereiche erforderlich.

Im übrigen sollte in Hamburg eine Patientenberatungsstelle eingerichtet werden. Notwendig erscheint außerdem

- die Einrichtung einer Außenstelle von KISS in Barmbek
- sowie die Aufnahme der direkten Förderung von Selbsthilfegruppen über KISS.

5. Förderung der Gleichberechtigung

Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krise entscheidet sich die Frage wirklicher Gleichberechtigung maßgeblich daran, wie für Frauen das Recht auf Ausbildung und Arbeit durchgesetzt wird. Die Rationalisierung und neue Kommunikationstechnologien betreffen häufig insbesondere Ausbildungs- und Arbeitsplätze von Frauen. Deshalb sollten

- bei den Ausbildungs- und Weiterbildungsprogrammen die Interessen und Probleme der Mädchen besonders berücksichtigt werden. Die Ausbildung von Mädchen in gewerblich-technischen Berufen ist zu verstärken und zu verbessern;*
- beim Ausbau des Zweiten Arbeitsmarktes verstärkt Frauen, insbesondere in solchen Tätigkeitsbereichen berücksichtigt werden, in denen die Frauenarbeitslosigkeit besonders hoch ist;*
- spezielle Programme zur beruflichen Wiedereingliederung von Frauen aufgelegt werden, die für einige Jahre aus dem Beruf ausgeschieden sind, um sich der Erziehung der Kinder zu widmen;*
- durch gezielte Informationen Frauen unterstützt werden, die einen eigenen Betrieb gründen wollen;*
- spezielle Fortbildungsmaßnahmen in den Bereichen entwickelt werden, in denen vorwiegend Frauen arbeiten;*
- der Anteil der Frauen in qualifizierten und leitenden Positionen im Öffentlichen Dienst weiter erhöht werden; das gleiche gilt für die Öffentlichen Unternehmen; für diese sind Gleichstellungsrichtlinien und Frauenförderungspläne aufzustellen;*
- weitere Frauenprojekte gefördert werden.*

6. Hamburgs Schulen und Hochschulen

Hamburgs schulische, wissenschaftliche und kulturelle Einrichtungen haben als Ergebnis der Geschichte unserer Stadt einen besonderen Charakter. Sie sind republikanisch und liberal in der Tradition. Dieser Tradition sind wir verpflichtet.

Hamburg hat ein reiches kulturelles Leben, das nahezu alle Lebensbereiche durchdringt. Auf eine ganze Reihe wichtiger kultureller Vorhaben wird deshalb an verschiedenen Stellen in diesem Arbeitsprogramm eingegangen. Darüber hinaus kommt es darauf an, das vorhandene Angebot zu pflegen und in seiner Qualität zu sichern. Besonderes Augenmerk wird Hamburg auf den Umgang mit seiner Geschichte legen. Das gilt zumal für die weitere aktive Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus. Das schließt aber auch die Erhaltung der Hamburg-typischen Bausubstanz, wie z. B. die Terrassen und Passagen ein.

Der Staat muß Sorge dafür tragen, daß Schulen, Ausbildungsstätten und Hochschulen den Hamburger Jugendlichen möglichst optimale Berufsvorbereitungsangebote bieten.

a) Für die Hamburger Schulen ergibt sich daraus:

- Das Elternrecht bei der Wahl der Schule ist zu respektieren. Dies bedeutet, daß in zumutbarer Entfernung verschiedene Schultypen einschließlich der Gesamtschule zur Verfügung stehen sollten, soweit die Finanzlage der Stadt dies erlaubt;
- die Inhalte und Lernziele der Hamburger Schulen sind nicht nur an den von Wissenschaft und Berufswelt geforderten Leistungen, sondern auch an den sozialen, liberalen und demokratischen Zielen unter den Erfahrungen unserer Geschichte zu orientieren;
- die Schulen müssen insbesondere in den oberen Klassen in ihren Lehrplänen den veränderten Ansprüchen einer sich immer stärker spezialisierenden Berufswelt (Sprachen, Informationssysteme, Naturwissenschaften, Technik) entgegenkommen.

- Die starken Einstellungen von Lehrerinnen und Lehrern in den 70er Jahren und die zugleich rückläufigen Jahrgänge könnten erhebliche Strukturprobleme für die Schulen in den kommenden Jahrzehnten schaffen. Es ist deshalb sicherzustellen, daß eine angemessene Altersstruktur des Lehrkörpers erhalten bleibt.
- Die musische Erziehung, ein bedeutsames Gegengewicht zur einseitigen Einwirkung insbesondere der elektronischen Medien, ist stärker als bisher zu fördern.
- Die schrittweise Erweiterung der Integrationsklassen von behinderten und nichtbehinderten Schülern.

b) Hochschulen

Den Hamburger Hochschulen ist in den vergangenen Jahren durch eine starke Erweiterung der Studentenzahl viel zugezogen worden. Dadurch und wegen der begrenzten Finanzmittel der Stadt werden heute qualitative Beeinträchtigungen spürbar. Dies kann nicht hingenommen werden, denn die Zukunft der Stadt hängt entscheidend von der qualitativen Entwicklung der Hochschulen ab.

Die Hochschulpolitik der kommenden Jahre muß deshalb bei der Finanzierung der Hochschulen so vorgehen, daß

- es wieder zu einer nennenswerten Personalfuktuation kommen kann und daß die Entwicklung der Studentenzahl berücksichtigt wird;
- für die Zukunft der Stadt notwendige Innovationen in der Forschung getroffen werden (z. B. in der Molekularbiologie, Informatik, Meeresforschung usw.);
- der zu erwartende Rückgang der Studentenzahl für eine qualitative Verbesserung der Hochschulen und eine Konzentration auf wichtige Zukunftsbereiche genutzt werden kann;

- strukturell besonders attraktive Bedingungen für hervorragende Wissenschaftler geschaffen werden; über die Qualität der Forscher kann auch eine gute Ausbildung der Studenten gewährleistet werden;
- Institute in neuen wissenschaftlichen Bereichen (z. B. Biotechnologie) eingerichtet werden;
- Stiftungslehrstühle ermöglicht werden und die Drittmittelforschung begünstigt wird; in beiden Fällen ist eine angemessene Kontrolle der Nutzung von Hochschuleinrichtungen und der Personalkapazitäten für private Zwecke erforderlich;
- der Hochschulnachwuchs nach qualitativen Gesichtspunkten gefördert wird; die Chancen für wirtschaftlich benachteiligte Studenten sind zu verbessern (Bundesaufgabe BAFÖG).

7. Verbesserung der Lebensqualität in Hamburg

Hamburg bietet heute eine in der Bundesrepublik sonst kaum erreichte Lebensqualität. Immer mehr Menschen spüren wieder die Vorteile der lebendigen Großstadt. Dies gilt es jetzt zu fördern, um Bewohner aus dem Umland für unsere Stadt zurückzugewinnen und verstärkt Touristen in die Stadt zu ziehen.

Deshalb sollte Hamburg in den nächsten Jahren

- die Politik der behutsamen Stadterneuerung fortsetzen und dabei besonders benachteiligte Statteile verstärkt berücksichtigen;
- die erfolgreiche Hamburger Stadtteilkultur weiter fördern;
- dabei Selbsthilfeprojekte unterstützen und auch alternative Sanierungsträger beteiligen, um die Erhaltung billigen Wohnraums zu ermöglichen;
- der Pflege und Verbesserung des vorhandenen Wohnraums Priorität gegenüber dem Wohnungsneubau einräumen. Die Wohnqualität mehrerer Großwohnsiedlungen steht in der öffentlichen Kritik. Diese Kritik wird fälschlicherweise auf den sozialen Wohnungsbau insgesamt übertragen. Wir werden die Wohnqualität in den großen Siedlungen weiter verbessern (z. B. Pilotprojekt Kirchdorf-Süd). Dazu gehört auch, daß die Mieten in diesen Gebieten dem Wohnwert mehr entsprechen als bisher. Ebenfalls ist zu prüfen, ob durch gezielte Hilfen für die Ansiedlung von wichtigen Fachgeschäften zur Versorgung der Bevölkerung und eine Verbindung von Kleingärten mit dem Wohnen in diesen Großsiedlungen Attraktivität und Wohnstruktur verbessert werden könnten. Im Zusammenhang mit der erwarteten Übernahme der NH-Wohnungen wird sich auch das Problem der Überschaubarkeit der SAGA stellen; es ist zu prüfen, wie kleinere Einheiten entstehen können.

- Die Spitzenstellung von Hamburgs öffentlichem Nahverkehr sichern. In diesem Zusammenhang müssen einige Grundsatzentscheidungen getroffen werden, so z. B. für mehr Busspuren, um den Nahverkehr zu beschleunigen.
- Den vielen Menschen, die in ihrer Freizeit Sport treiben, wollen wir die Möglichkeit dazu geben, den Sportplatz um die Ecke zu erhalten; unvermeidliche Ruhestörungen müssen von den Anwohnern in Kauf genommen werden; notfalls müssen gesetzliche Regelungen Sport und Wohnen nebeneinander ermöglichen.

8. Bürgernahe Verwaltung

In Hamburgs Verwaltung arbeiten engagierte, tüchtige und gut ausgebildete Frauen und Männer. Dennoch gibt es immer wieder auch Kritik und berechtigte Beschwerden über Verhaltens- und Verfahrensweisen. Diesen muß nicht nur im Einzelfall nachgegangen werden, sondern auch mit dem Ziel, Verwaltungshandeln transparenter und bürgernäher zu gestalten.

Eine Ursache für die Schwierigkeiten liegt ohne Zweifel in dem komplizierten Gesetzes- und Verordnungsnetz. Deshalb muß die Vereinfachung von Gesetzen und Verordnungen, die in der Vergangenheit vorangetrieben wurde, weitergeführt werden.

In den vergangenen Jahren konnten gewisse Dienststellen, die besondere Bedeutung in den Dienstleistungen für die Bürger haben, z. B. die Sozialdienststellen in den Bezirks- und Ortsämtern, trotz wachsenden Bedarfs personell und räumlich nicht so ausgestattet werden, daß die Betreuung ohne erhebliche Probleme für die Bürger ablaufen konnte.

Die Lösung der Probleme kann nicht in erster Linie in einer besseren finanziellen Ausstattung der Verwaltung insgesamt liegen, weil hierzu die Mittel einfach nicht vorhanden sind. Der Senat muß daher die Politik der Umschichtung von Planstellen aus Bereichen mit sinkendem Bedarf oder geringer Priorität sowie die Möglichkeiten technischer Rationalisierung beschleunigen.

- *Die Einführung von Datenverarbeitung und anderen Möglichkeiten der Rationalisierung im Öffentlichen Dienst wird konsequent weitergeführt. Nur so können die personalintensiven Dienstleistungen (Kindertagesheime, Altenpflegeheime, Umweltschutz usw.) entsprechend ausgebaut werden.*

9. Fortführung einer Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und Sicherung eines gerechten Finanzausgleichs

Die mittelfristige Finanzplanung zeigt, daß die finanzielle Lage der Stadt äußerst angespannt bleiben wird. Der Senat steht nicht nur unter dem Zwang, die jährlichen Haushaltspläne auszugleichen. Die zunehmende Verschuldung der Stadt bewirkt auch eine immer weitere Einengung des Handlungsspielraumes Hamburgs im Strukturwandel.

Hamburg ist in diese Lage nicht gekommen, weil die Stadt zu großzügig gewirtschaftet hat. Sicherlich hat es auch Fehler gegeben (z. B. das Persiengeschäft), aber es kann kein Zweifel daran bestehen, daß ein entscheidender Faktor in der Verschuldung der Stadt der völlig ungerechtfertigte Finanzausgleich ist.

Die Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs ist daher eine entscheidende Frage für die Zukunft Hamburgs und seine Existenz als Stadtstaat. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24. Juni 1986 hat für die Stadtstaaten und für Hamburg bessere Lösungen möglich gemacht. Aber es wird entscheidend darauf ankommen, ob die hier verankerten Grundsätze in den politischen Verhandlungen mit Bund und Ländern durchsetzbar sind.

Der Senat appelliert an alle Fraktionen und Parteien in der Stadt, auf allen Ebenen, gerade auch außerhalb Hamburgs, für eine gerechte Behandlung Hamburgs im Finanzausgleich einzutreten.

Auch wenn es gelingt, den Finanzausgleich zugunsten Hamburgs zu korrigieren, wird es notwendig sein, die Politik konsequenter Sparsamkeit fortzusetzen.

Dies ist unerlässlich, um

- die immer noch viel zu hohe Neuverschuldung abzubauen, um so die Zinslasten zu begrenzen

und

- Mittel für die Realisierung des Arbeitsprogramms freizusetzen.

Konsequente Konsolidierungspolitik erfordert nicht nur strikte Ausgabenbegrenzungen. Sie macht es auch notwendig, die Einnahmeseite des Haushalts zu stärken. Der Senat wird deshalb alle Bemühungen um eine Revitalisierung der Gewerbesteuer durch eine Verbreiterung der Bemessensgrundlagen und eine Ausweitung des Kreises der Steuerpflichtigen auf Bundesebene unterstützen. Dies ist um so bedeutsamer, als diejenigen Unternehmen, die keine Gewerbesteuer zahlen und darüber hinaus auch Pendler beschäftigen, überhaupt kaum Steuererträge für die Stadt erbringen.

Es wird weiterhin notwendig sein, die Arbeitskräfte für die Betriebsprüfung und die Steuerprüfung zu vermehren, um alle geschuldeten Steuern auch eintreiben zu können.

Schließlich kann es zweckmäßig sein, Vermögenswerte, über die Hamburg verfügt, für neue Investitionen zu mobilisieren.

Eine Veräußerung z. B. von Beteiligungen an Öffentlichen Unternehmen zugunsten laufender Ausgaben würde letztlich nur das Veräußern des „Familiensilbers“ bedeuten. Privatisierung ist also keine Antwort auf Finanzprobleme. Der Austausch von Investitionen kann zweckmäßig sein – die Veräußerung öffentlichen Vermögens zur Sanierung des Betriebshaushaltes ist aber nicht sinnvoll.

Im übrigen gilt für die Öffentlichen Unternehmen im Ver- und Entsorgungsbereich, daß die Verfügungsmöglichkeiten der Stadt auch aus inhaltlichen Gründen gewahrt werden sollen.

Das dargelegte Arbeitsprogramm wird maßgeblich zur Lösung der Strukturprobleme in Hamburg beitragen und damit die Zukunft der Stadt sichern.

Soweit Programmpunkte den Einsatz zum Teil zusätzlicher finanzieller Mittel erfordern (bzw. Einnahmen verringern!), muß der Senat in Rechnung stellen, daß bei der derzeitigen Finanzverfassung der Stadt Mittel nur in sehr engen Grenzen zur Verfügung stehen. Das Arbeitsprogramm ist daher kein kurzfristiges Sofortprogramm. Es erfordert von Bürgerschaft und Senat die Kraft für eine langfristige Politik.

Herausgeber:
SPD Landesorganisation Hamburg
Kurt-Schumacher-Allee 10
2000 Hamburg 1

Bibliothek der FES



1065839

Die Hamburger Sozialdemokraten. SPD.